

Einführung einer transparenten Förderdatenbank

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, Kulturförderungen im Bezirk auf eine sachliche, nachvollziehbare und faire Grundlage zu stellen. In diesem Zusammenhang wird die Einführung eines transparenten Förderwesens gefordert. Dazu zählt eine öffentlich einsehbare Förderdatenbank, die neben den gewährten Summen auch die Begründungen für die Vergabe, Höhe oder Ablehnung sämtlicher Förderanträge enthält.

Begründung

Eine vielfältige und unabhängige Kulturszene ist essenziell für das gesellschaftliche Leben in Margareten. Die öffentliche Kulturförderung spielt dabei eine zentrale Rolle. Allerdings wurde in der Vergangenheit wiederholt Kritik an der Intransparenz bei der Vergabe von Fördermitteln laut. Um das Vertrauen in die Kulturförderung zu stärken und sicherzustellen, dass Fördermittel nach objektiven Kriterien vergeben werden. Ein transparentes Förderwesen, das die Vergabe, Höhe und Ablehnung von Förderanträgen öffentlich dokumentiert, würde die Nachvollziehbarkeit erhöhen und die Gleichbehandlung aller Kulturinitiativen gewährleisten. Die Einführung einer öffentlich einsehbaren Förderdatenbank, die detaillierte Informationen zu allen Förderentscheidungen enthält, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie würde nicht nur die Transparenz erhöhen, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in die faire und sachliche Vergabe von Kulturfördermitteln stärken.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE IN MARGARETEN



14

Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Förderungen für Verdienstentgang durch Straßenverkehrsbehinderungen und Baumaßnahmen

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, inwieweit eine Förderung für Firmen, die von den Bauarbeiten im Straßenverkehrsbereich in Wien-Margareten betroffen sind, bzw. in den letzten fünf Jahren betroffen waren, eine niederschwellig zu erhaltende Förderung zur Ausgleichung des dadurch entstandenen Verdienstentgangs zu erhalten.“

Begründung:

Förderung für Firmen, die von den Bauarbeiten für die geplante Verlängerung der U-Bahn-Linie U2 bzw. vom Bau der U5 betroffen sind

Kleinbetriebe können bis zu 25.000 Euro erhalten. Die Förderquote für Mietausgaben wurde von 50 auf 60 Prozent angehoben.

Wien erhöht die Förderung für Firmen, die von den Bauarbeiten für die geplante Verlängerung der U-Bahn-Linie U2 bzw. vom Bau der U5 betroffen sind. Konkret stockt die Wirtschaftsagentur die Unterstützung für Kleinbetriebe entlang der Ausbaustrecke um rund 50 Prozent auf. Das teilte die rot-pinke Stadtregierung am Donnerstag mit.

Ab sofort können Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten zur Deckung ihrer Mietkosten und für umsatzsteigernde Maßnahmen bis zu 25.000 Euro erhalten. Außerdem wurde die Förderquote für Mietausgaben von 50 auf 60 Prozent angehoben. Die Unterstützung gilt für alle Branchen.

Förderungen für Firmen in den betreffenden Stadtteilen gibt es seit 2018. Inzwischen sei bereits 128 Unternehmen mit insgesamt rund 3,2 Mio. Euro geholfen worden, berichtete Finanzstadtrat Peter Hanke (SPÖ). (APA)

Quelle: <https://www.w24.at/News/2024/12/U-Bahn-Bau-Stadt-stockt-Foerderung-fuer-betroffene-Firmen-auf>

Viele Klein- und Mittelbetriebe sind durch die multiplen Krisen, die das Wirtschaftsleben betreffen, betroffen und vielfach auch in ihrer Existenz bedroht. Auch in Wien-Margareten häufen sich die Insolvenzen. Deshalb sollte man im Zusammenhang mit Straßenbauarbeiten in Wien-Margareten eine niederschwellig zu erhaltende Förderung zur Ausgleichung des dadurch entstandenen Verdienstentgangs schaffen.

BR KO Dr. Fritz Simhandl

BR Andreas Schön

BR Michael Hacaturoglu

BR Martin Raab

BR Arndt Praxmarer, MSC

Verbesserung der Lebensqualität im Nahbereich des Gürtels - Einbeziehung aller Interessensgruppen für eine nachhaltige Lösung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, den IST- Status im Bereich des Gürtels zu analysieren (Sozialraumanalyse) und Vorschläge auszuarbeiten, mit welchen geeigneten Maßnahmen die Lebensqualität in Gürtelnähe und den angrenzenden Nahbereichen nachhaltig verbessert werden kann. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass sowohl die Interessen obdach- und wohnungsloser Menschen sowie von Personen mit Suchtproblemen berücksichtigt werden als auch jene der dort wohnenden Bevölkerung und der ansässigen Geschäftstreibenden. Ziel ist es, ein ausgewogenes Maßnahmenpaket zu entwickeln, das die soziale Situation der Betroffenen verbessert, gleichzeitig aber auch Sicherheit, Sauberkeit und ein gutes Miteinander im öffentlichen Raum gewährleistet. Die ausgearbeiteten Vorschläge sollen der Kommission für Soziales, Gesundheit, Sicherheit und Bewegung zeitnah zur Beratung und weiteren Behandlung vorgelegt werden, sodass die Bezirksvertretung auf dieser Grundlage gemeinsam mit den zuständigen Stellen zielgerichtete Schritte zur Verbesserung der Situation setzen kann.

Begründung

Im Bereich des Gürtels und seiner Nahbereiche werden wiederholt Lärmbelästigungen, hygienische Missstände sowie ein erhöhtes Unsicherheitsgefühl berichtet. Anrainer:innen und Geschäftstreibende sind dadurch im Alltag erheblich belastet. Verschmutzungen durch Abfälle und menschliche Exkremete im öffentlichen Raum sowie wiederkehrende Lärmstörungen beeinträchtigen die Lebensqualität in diesem Teil des Bezirks. Es ist daher notwendig, wirksame und nachhaltige Maßnahmen zu setzen, die sowohl die Interessen der betroffenen Menschen als auch jene der in der Umgebung wohnenden Bevölkerung und der ansässigen Betriebe berücksichtigen, um die Situation spürbar zu verbessern.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Mikrofreiraum Zeinhofergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag nach Beteiligung der Bürger:innen der Zeinhofergasse

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Planung und Umsetzung eines autofreien Mikrofreiraums im Bereich der Zeinhofergasse zu prüfen und einzuleiten. Ein Mikrofreiraum ist eine kleine, vom motorisierten Verkehr befreite Fläche, die durch Begrünung, Möblierung und klimawirksame Maßnahmen Erholung, Begegnung und Aufenthaltsqualität bietet. Ähnlich den von der Stadt Wien angekündigten Gartenstraßen würde ein solcher Raum die Lebensqualität erhöhen, die Verkehrssicherheit verbessern und aktive Mobilität wie Gehen und Radfahren fördern. Zudem trägt er durch Entsiegelung und Begrünung zur Klimawandelanpassung bei.

Begründung

Der öffentliche Raum in innerstädtischen Wohngebieten ist ein wertvolles Gut, das zunehmend unter dem Druck des motorisierten Verkehrs leidet. Die Zeinhofergasse ist bereits als Wohnstraße gewidmet und weist nur sehr geringen Autoverkehr auf. Ein autofreier Mikrofreiraum in diesem Bereich würde daher konsequent an die bestehende Nutzung anschließen, die Lebensqualität für die Bewohner*innen deutlich erhöhen, die Verkehrssicherheit – insbesondere für Kinder und ältere Menschen – verbessern und neue Grün- und Aufenthaltsräume schaffen. Mit der jüngst von der Stadt Wien angekündigten Einführung sogenannter Gartenstraßen wird deutlich, dass es ein wachsendes politisches und gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit solcher Maßnahmen gibt. Gartenstraßen sollen Straßenräume in grüne, sichere und klimafreundliche Aufenthaltsbereiche verwandeln und bieten damit eine direkte Parallele zu den hier vorgeschlagenen Maßnahmen. Die Zeinhofergasse könnte in diesem Sinne als Vorreiterprojekt im Bezirk dienen und zeigen, wie durch Entsiegelung, Begrünung und Verkehrsberuhigung ein lebendiges, klimaresilientes Grätzl entsteht. Maßnahmen dieser Art tragen wesentlich zur Erreichung der Klimaziele, zur Reduktion von Lärm- und Luftbelastung sowie zur Förderung aktiver Mobilitätsformen wie Gehen und Radfahren bei. Durch Entsiegelung und Begrünung wird zudem ein Beitrag zur Klimawandelanpassung geleistet, indem Überhitzung im Sommer reduziert und die Aufenthaltsqualität gesteigert wird. Vergleichbare Projekte in anderen Bezirken Wiens zeigen, dass solche Maßnahmen breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden und langfristig den sozialen Zusammenhalt in den Grätzln stärken.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern



Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 17. März 2026 folgenden

Antrag

Teilnahme Margaretens am Grätzllabor

Der Bezirksvorsteher des 5. Bezirks, Mag. Michael Luxenberger, wird ersucht, den 5. Wiener Gemeindebezirk bei der Initiative „Grätzllabor“ der Lokalen Agenda 21 Wien anzumelden und damit die Teilnahme Margaretens an diesem niederschweligen Beteiligungsformat für Bürger:innen zu ermöglichen.

Begründung

Wien lebt vom Engagement seiner Bürger:innen und eine Nachbarschaft blüht auf, wenn alle die an einem Ort leben, diesen auch mitgestalten können. Die Initiative „Grätzllabor“ bietet Bezirken die Möglichkeit, partizipative Projekte strukturiert zu begleiten und nachhaltige Ideen aus der Bevölkerung zur Umsetzung zu bringen. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft entstehen so innovative Maßnahmen für eine zukunftsfähige und lebendige Nachbarschaft.

Ob Begrünungsprojekte, nachbarschaftliche Begegnungsorte oder Initiativen im Bereich klimafreundlicher Mobilität. Grätzllabore unterstützen Bürger:innen dabei, Verantwortung für ihre Nachbarschaft zu übernehmen, sich zu vernetzen und konkrete Vorhaben gemeinsam zu realisieren.

Bereits in mehreren Wiener Bezirken wird dieses Format erfolgreich umgesetzt. Auch Margareten soll Teil dieser Initiative werden, um die Mitgestaltungsmöglichkeiten im Bezirk zu erweitern, das nachbarschaftliche Miteinander zu stärken und das Potenzial innovativer Bürger:innenprojekte gezielt zu nutzen.

BRin Lena Nanut

BRin Julia Fritz

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten, Neos Margareten, KPÖ&Links Margareten und der Wiener Volkspartei Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 17. März 2026 folgenden

Antrag

Familienbad im Einsiedlerpark – Öffnungszeiten beibehalten, Abkühlung ermöglichen

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die bisherigen Öffnungszeiten des Familienbads im Einsiedlerpark auch für die kommende Badesaison 2026 unverändert beizubehalten und von einer Verkürzung abzusehen.

Begründung

Mit Beginn der Badesaison 2026 ist eine Reduktion der Öffnungszeiten des einzigen Familienbads im 5. Bezirk vorgesehen. Damit würde ein zentraler Ort der Abkühlung und Freizeitgestaltung, in einem der am stärksten von Hitze betroffenen Bezirke Wiens, eingeschränkt nutzbar werden und das in Zeiten zunehmender Hitzebelastung.

Das Familienbad im Einsiedlerpark ist insbesondere für Kinder, für Familien sowie für pädagogische Einrichtungen von großer Bedeutung. Auch Kindergärten nutzen das Bad regelmäßig im Rahmen ihrer Betreuungstätigkeit. Verkürzte Öffnungszeiten würden diese Nutzung erheblich erschweren.

Gerade in dicht bebauten innerstädtischen Gebieten sind frei zugängliche Orte der Abkühlung ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität und zur klimatischen Resilienz des Bezirks.

BRin Elena Jaklitsch

BRin Julia Fritz

BRin Sarah Mayer

BRin Claudia Krieglsteiner

BR Alexander Maly



Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 17. März 2026 folgende

Resolution

Sozialpsychiatrisches Zentrum der Caritas in Margareten – Weiterführung sicherstellen

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich ausdrücklich gegen die Schließung des sozialpsychiatrischen Zentrums der Caritas in Margareten und für die Weiterführung dieser wichtigen Einrichtung aus.

Begründung

Nach über 40 Jahren musste das sozialpsychiatrische Zentrum der Caritas in Margareten am 29. Jänner 2026 schließen, nachdem die Finanzierung durch den Psychosozialen Dienst der Stadt Wien eingestellt wurde. Von dieser Entscheidung sind rund 100 Klient:innen mit chronischen psychischen Erkrankungen betroffen, die dort regelmäßig Therapie-, Beratungs- und Freizeitangebote in Anspruch genommen haben. Ebenso verloren mehrere Mitarbeiter:innen ihre berufliche Perspektive. Der Wegfall einer derart etablierten Einrichtung führt zu erheblichen Versorgungslücken mit unmittelbaren Auswirkungen auf Betroffene und deren Angehörige sowie mittelbaren Folgen für das soziale Gefüge im Bezirk.

Zahlreiche aktuelle Erhebungen belegen den steigenden Bedarf an niederschweligen Angeboten im Bereich der psychischen Gesundheit. Vor diesem Hintergrund ist der Erhalt bestehender Versorgungsstrukturen von besonderer Bedeutung. Die Weiterführung des sozialpsychiatrischen Zentrums in Margareten ist daher nicht nur eine sozialpolitische Notwendigkeit, sondern ein klares Bekenntnis zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Gesundheitsversorgung im Bezirk.

BR Gerd Sandrieser

BRin Julia Fritz



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 17. März 2026 folgenden

Antrag

Partizipativer Prozess zur Benennung bislang unbenannter Flächen in Margareten - Pilotprojekt Hundsturm

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, inwiefern für bislang unbenannte Plätze, Wege oder Grünflächen im 5. Bezirk ein partizipativer Beteiligungsprozess zur Namensfindung durchgeführt werden kann. Dabei soll insbesondere das Ziel berücksichtigt werden, Frauen bei künftigen Benennungen verstärkt zu berücksichtigen. Als Pilotprojekt soll der Umgangssprachlich als "Hundsturmpark" bezeichnete Park dienen.

Begründung

Im Bezirk Margareten gibt es mehrere öffentliche Flächen, Wege oder Aufenthaltsorte, die bislang keinen eigenen Namen tragen. Die Benennung solcher Orte erfolgt traditionell auf Vorschlag politischer Gremien.

Eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in diesen Prozess bietet die Möglichkeit, die Identifikation mit dem eigenen Grätzl zu fördern und demokratische Mitgestaltung sichtbar zu machen. Gerade in einem lebendigen Nachbarschaftsbezirk wie Margareten kann ein partizipativer Zugang das Gemeinschaftsgefühl stärken und neue Formen der Beteiligung eröffnen.

Zugleich zeigt sich in der bestehenden Benennungspraxis ein deutliches Ungleichgewicht hinsichtlich der Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum. Eine bewusste Berücksichtigung von Frauen bei künftigen Namensgebungen leistet einen wichtigen Beitrag zu mehr Gleichstellung und zu einer zeitgemäßen Erinnerungskultur.

Ein partizipativer Prozess verbindet somit demokratische Mitbestimmung mit einer progressiven und inklusiven Gestaltung des öffentlichen Raums und eröffnet Margareten die Möglichkeit, hier neue Wege zu gehen.



Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 17. März 2026 folgenden

Antrag

Schulstandort Margareten – Finanzierung sichern, Zukunft ermöglichen

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Finanzierung des Schulstandorts in der Castelligasse/Victor-Christ-Gasse erneut zu prüfen und die notwendigen budgetären Mittel für die Umsetzung bzw. Sanierung dieses Projekts bereitzustellen.

Begründung

Der Schulstandort in der Castelligasse/Victor-Christ-Gasse ist ein wesentliches und vor allem inklusiv gedachtes Bildungsprojekt für Margareten. Dennoch verzögert sich die Realisierung weiterhin, konkrete Fortschritte bezüglich der Finanzierung dieses lang diskutierten Vorhabens sind derzeit nicht ersichtlich.

Gerade in einem dicht bebauten innerstädtischen Bezirk wie Margareten besteht ein hoher Bedarf an zeitgemäßer und ausreichender Bildungsinfrastruktur. Schulen sind zentrale Orte der Entwicklung, des Lernens und der sozialen Teilhabe. Verzögerungen bei notwendigen Investitionen verschärfen bestehende Herausforderungen und führen zu zusätzlichem Druck auf bestehende Standorte in der näheren Umgebung. Umso dringlicher ist es nun, die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, damit Planung und Umsetzung nicht weiter hinausgeschoben werden.

Eine gesicherte Finanzierung ist die Grundlage dafür, den Schulstandort nachhaltig zu stärken und Margareten als Bildungsbezirk zukunftsfit aufzustellen.

BRin Elena Jaktlisch

BRin Julia Fritz

Keine weiteren Verzögerungen und klare Umsetzungsperspektive für die Neugestaltung des Margaretenplatzes

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten möge beschließen, dass die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien unverzüglich alle notwendigen Schritte zur verbindlichen und zeitnahen Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Neugestaltung des Margaretenplatzes setzen sowie einen schriftlichen Bericht über den tatsächlichen Projektstand, die Abstimmungen mit der Stadt Wien sowie einen verbindlichen Zeitplan den vertretenen Klubs in der Bezirksvertretung vorlegen.

Begründung

Der Margaretenplatz ist ein zentraler Begegnungs- und Wirtschaftsstandort im Bezirk. Über mehrere Jahre hinweg wurde die geplante Neugestaltung politisch stark kommuniziert und öffentlich diskutiert.

Durch die jahrelange Kampagnisierung seitens der Grünen sowie durch wiederholte, teils nicht ausreichend konkretisierte Ankündigungen des neu gewählten Bezirksvorstehers ist jedoch eine zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung sowie Unternehmer:innen entstanden.

Rückmeldungen aus der lokalen Wirtschaft – unter anderem aus „Wirtschaft im Bezirk“ – sowie persönliche Gespräche mit Unternehmer:innen und Anrainer:innen zeigen deutlich, dass eine klare zeitliche Orientierung fehlt, damit Investitionsentscheidungen von Seiten der Unternehmer:innen zurückgestellt werden und eine Planungssicherheit für die Geschäftstreibenden fehlt.

Auch die jüngste Beantwortung durch die Stadt Wien lässt erkennen, dass sich das Projekt offenbar nicht in jenem Stadium befindet, das öffentlich angekündigt wurde. Dies verstärkt die Unsicherheit zusätzlich.

Ein zentraler Platz wie der Margaretenplatz darf nicht zum Gegenstand dauerhafter politischer Ankündigungspolitik werden. Wirtschaftstreibende, Anrainer:innen und Bürger:innen benötigen Verlässlichkeit, Transparenz und realistische Zeitpläne.

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich daher klar dafür aus, weitere Verzögerungen zu vermeiden, politische Kampagnisierung zu beenden und eine sachliche, verbindliche Umsetzungsperspektive sicherzustellen.



Schnelle Hilfe für die Sport- und Trainingshalle im Bacherpark

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA 51 werden ersucht, umgehend alle erforderlichen Maßnahmen zu setzen, um Sport- und Trainingshalle im Bacherpark nach den schneefallbedingten Schäden wieder in Stand zu setzen, da diese Einrichtung im besonderen Interesse des Bezirks liegt.

Begründung

Der starke Schneefall in der Nacht auf den 20. Februar 2026 hat zu enormen Schäden an der Halle geführt. Sie ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Antrags unbenutzbar.

Über 250 Kinder, Mädchen und Burschen der Handballcity Margareten verlieren damit eine ganz wichtige Trainingsmöglichkeit. Die Halle ist für die Schulen rund um den Bacherplatz unverzichtbar, dient täglich bis in die frühen Nachmittagsstunden als Turnsaal und Bewegungsraum. Ein dauerhafter Verlust der Sport-, Bewegungs- und Trainingsmöglichkeiten für hunderte Kinder und Sportler:innen wäre unzumutbar und ist in keinsten Weise mit dem Bewegungs- und Sportbezirk Margareten vereinbar. Verschärft die Situation auch durch die songcontestbedingte Nicht-Nutzbarkeit der Sporthallen um die Wiener Stadthalle. Die Halle ist eine Margaretner Einrichtung, deren Tätigkeit im besonderen Interesse des Bezirkes gelegen ist – daher ist der Bezirksvorsteher gemäß der ihm übertragenen Aufgaben aufgerufen, sie zu fördern.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

Neue Sport- und Handballhalle für Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen, allen voran die MA 51, werden ersucht, umgehend alle erforderlichen Schritte zur Planung und Errichtung einer zeitgemäßen Sport- und Trainingshalle für Margaretnr Schulen, die Handballklubs MGA Fivers Wien (Frauen Bundesliga) und Fivers Margareten (Herren Bundesliga) im Bacherpark einzuleiten.

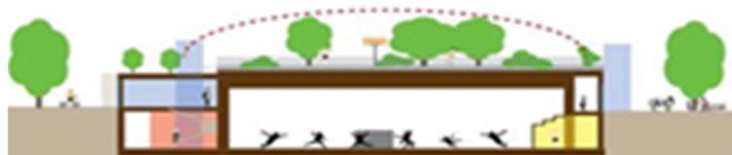
Begründung

Der starke Schneefall in der Nacht auf den 20. Februar 2026 hat zu enormen Schäden an der Halle geführt. Sie ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Antrags unbenutzbar. Über 250 Kinder, Mädchen und Burschen der Handballcity Margareten verlieren damit eine ganz wichtige Trainingsmöglichkeit. Die Halle ist auch für die Schulen rund um den Bacherplatz unverzichtbar, dient täglich bis in die frühen Nachmittagsstunden als Turnsaal und Bewegungsraum. Ein dauerhafter Verlust der Sport-, Bewegungs- und Trainingsmöglichkeiten für hunderte Kinder und Sportler:innen wäre unzumutbar und ist in keinsten Weise mit dem Bewegungs- und Sportbezirk Margareten vereinbar. Verschärft wird die Situation auch durch die songcontestbedingte Nicht-Nutzbarkeit der Sporthallen um die Wiener Stadthalle.

Die neue Halle (samt Veranstaltungsraum) soll ein Begegnungsort für ganz Margareten werden. Deshalb sollte die Halle eingegraben und nur mehr halb so hoch werden. Das Dach könnte begrünt, begehbar und bespielbar gemacht und darüber hinaus barrierefrei werden. Die neue Halle würde dem Bezirk Freiraum zurückgeben und den Park massiv vergrößern. Mitten in Wien könnte damit die größte öffentliche Parkterrasse entstehen. Geheizt und gekühlt mit Erdwärme, klimaneutral – und praktisch keiner Bodenversiegelung! Und: Der Ballsport-Nachwuchs und alle Schulen rund um den Bacherplatz erhalten hochwertigen Sport- und Bewegungsraum, 365 Tage im Jahr.

Anhang

Ansicht vom Park:



Sicherheitskonzept für die NMS Viktor-Christ-Gasse vor dem Umbau der Ramperstorffergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen im Magistrat, allen voran die MA46, werden ersucht, vor Baubeginn etwaiger baulicher Maßnahmen in der Ramperstorffergasse ein umfassendes Sicherheitskonzept für den Schulweg im Bereich Ramperstorffergasse / NMS Viktor-Christ-Gasse der Bezirksvertretung vorzulegen. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Errichtung eines zusätzlichen Schutzweges (Zebrastreifen) im unmittelbaren Nahbereich der Schule gelegt werden.

Begründung

Die geplante Entfernung der sogenannten „Betoninsel“ in der Ramperstorffergasse in Margareten, die Verbreiterung des Gehsteiges in Richtung Fahrbahn im Bereich des Schulgebäudes der NMS Viktor-Christ-Gasse sowie das geplante Busdrehkreuz der Wiener Linien führen zu einer maßgeblichen Veränderung der bisherigen Verkehrssituation.

Die bestehende Betoninsel stellte insbesondere für Schüler:innen beim Überqueren der Fahrbahn eine wichtige Schutz- und Zwischenaufenthaltsmöglichkeit dar und trug wesentlich zur Verkehrssicherheit bei. Durch deren Wegfall entsteht aus Sicht der unterfertigten Fraktion eine sicherheitstechnische Lücke, zumal es sich um einen stark frequentierten Schulweg handelt.

Bis dato liegt kein umfassendes Sicherheitskonzept für die betroffenen Schüler:innen vor, welches die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen ausreichend berücksichtigt.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT ENDLICH UMSETZEN – FRAUEN-LOHNSCHERE WIRKSAM SCHLIESSEN

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass bundesweit wirksame und durchsetzbare Maßnahmen zur Schließung der Frauen-Lohnschere umgesetzt werden. Insbesondere begrüßt die Bezirksvertretung Lösungen nach dem Vorbild von Island, wo Unternehmen verpflichtet sind, die tatsächliche Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern nachzuweisen und zertifizieren zu lassen sowie bei Verstößen wirksame Sanktionen vorgesehen sind.

Begründung

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, dass Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden. Dennoch verdienen Frauen in Österreich nach wie vor deutlich weniger als Männer. Diese Einkommensungleichheit ist kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem und Ausdruck historisch gewachsener Diskriminierung der Frauen.

Die Folgen dieser Ungleichbehandlung sind gravierend: Frauen sind häufiger von finanzieller Abhängigkeit betroffen und tragen ein deutlich höheres Risiko von Altersarmut. Die bestehende Rechtslage und freiwillige Maßnahmen haben sich als unzureichend erwiesen, um echte Lohngerechtigkeit herzustellen.

Island hat gezeigt, dass es möglich ist, Lohngleichheit wirksam gesetzlich durchzusetzen. Durch verpflichtende Nachweise und Zertifizierungen werden Unternehmen aktiv in die Verantwortung genommen, für faire und diskriminierungsfreie Bezahlung zu sorgen.

Auch Österreich muss diesen Schritt gehen. Gleichstellung darf kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss durch klare gesetzliche Verpflichtungen und wirksame Kontrollen abgesichert werden.

Als Bezirk der Stadt Wien, der für soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und faire Arbeitsbedingungen steht, setzt Margareten ein klares Zeichen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein Grundrecht und muss endlich Realität werden.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic

Verantwortungsvolle und transparente Kommunikation durch die Bezirksvorstehung bei geplanten Projekten im Bezirk Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass künftig keine öffentlichen Ankündigungen zu baulichen Maßnahmen oder Projektstarts getätigt werden, solange diese nicht durch verbindliche Beschlüsse, budgetäre Bedeckung sowie einen fixierten Zeitplan abgesichert sind. Insbesondere wird der Bezirksvorsteher aufgefordert, bei Projekten von erheblicher Bedeutung für den Bezirk – wie der geplanten Sanierung bzw. dem Neubau der Volksschule Castelligasse / Viktorchristgasse – ausschließlich gesicherte und mit den zuständigen Stellen abgestimmte Informationen zu kommunizieren.

Ziel ist eine verlässliche, transparente und verantwortungsbewusste Information der Bevölkerung, der betroffenen Institutionen sowie der lokalen Wirtschaft zukommen zu lassen.

Begründung

Im Zusammenhang mit der geplanten Sanierung bzw. dem Neubau der Volksschule in der Castelligasse / Viktorgasse (derzeitiger Standort des Creative Cluster) wurde seitens des Bezirksvorstehers mehrfach öffentlich kommuniziert, dass der Baubeginn noch in diesem Jahr erfolgen werde.

Diese Darstellung erfolgte unter anderem in Bezirksmedien, in sozialen Medien sowie gegenüber Mandatar:innen in Ausschüssen und Kommissionen und gegenüber dem Betreiber des Creative Cluster.

Nach aktuellem Informationsstand entspricht dies jedoch nicht den tatsächlichen Planungen, da der Baubeginn erst im kommenden Jahr vorgesehen ist.

Durch wiederholte öffentliche Ankündigungen ohne gesicherte Grundlage entstehen, Verunsicherung in der Bevölkerung, konkrete wirtschaftliche Nachteile für die Betreiber des Creative Cluster sowie erhebliche Auswirkungen auf dort tätige Künstler:innen und Kreativschaffende. Laut Betreiber sind bereits deutliche Einbußen zu verzeichnen, da zahlreiche Nutzer:innen ihre Verträge vorsorglich beendet haben und sich nach alternativen Standorten umsehen.

Politische Kommunikation trägt Verantwortung. Gerade bei sensiblen Infrastruktur- und Bildungsprojekten ist eine präzise, faktenbasierte und abgestimmte Information entscheidend, um wirtschaftlichen Schaden, Unsicherheit und Vertrauensverlust zu vermeiden.

Resolution zur gendergerechten Stadtplanung

Die unterzeichneten Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für eine klare politische Verankerung und aktive Forcierung gendergerechter und barrierefreier Stadtplanung im Bezirk aus.

1. Die Bezirksvertretung bekräftigt ihr uneingeschränktes Bekenntnis zu den im *Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung* festgelegten Grundsätzen einer gendergerechten und barrierefreien Stadtentwicklung.
2. Die Bezirksvertretung erklärt diese Grundsätze zum verbindlichen Qualitätsmaßstab für sämtliche bezirklichen Stadtentwicklungs-, Umgestaltungs- und Budgetentscheidungen.
3. Die Bezirksvertretung wird im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aktiv darauf hinwirken,
 - Leerstände nicht hinzunehmen, sondern Maßnahmen zur Belebung und sozialen Nutzungsmischung zu forcieren,
 - Parks und Grünflächen dort zu schaffen und aufzuwerten, wo sie für alle Menschen – insbesondere für Sorgearbeit Leistende, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen – gut erreichbar und barrierefrei nutzbar sind,
 - bei der Verteilung öffentlicher Flächen eine ausgewogene und bedarfsgerechte Priorisierung sicherzustellen, insbesondere im Spannungsfeld zwischen ruhendem Individualverkehr und qualitätsvollen Grün- und Aufenthaltsflächen, sodass Flächen gerecht verteilt und am tatsächlichen Alltagsbedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden
 - öffentliche und halböffentliche Räume so zu gestalten, dass sie das subjektive Sicherheitsgefühl stärken und Angsträume vermeiden,
 - Planungsprozesse konsequent an realen Alltagsanforderungen auszurichten.
4. Die Bezirksvorstehung wird die zuständigen Stellen der Stadt Wien um entsprechende fachliche Begleitung bei der Sicherstellung dieser Zielsetzungen bitten.

Begründung

Die Qualität einer Stadt bemisst sich daran, wie gerecht sie ihren öffentlichen Raum verteilt. Stadtplanung ist niemals neutral: Sie entscheidet darüber, wer Platz bekommt, wer sich sicher fühlt, wer Wege problemlos bewältigen kann – und wer strukturell benachteiligt wird.

Mit dem *Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung* hat die Stadt Wien einen klaren fachlichen Rahmen geschaffen, der Gleichstellung, Barrierefreiheit

und Alltagsgerechtigkeit als verbindliche Qualitätsstandards definiert. Planung soll sich an realen Lebensbedingungen orientieren – nicht an abstrakten Durchschnittswerten.

Gender Mainstreaming bedeutet dabei ausdrücklich nicht „Frauen gegen Männer“. Es geht nicht um Symbolpolitik, sondern um die Berücksichtigung realer Alltagsstrukturen. Stadtplanung muss insbesondere jene Menschen im Blick haben, die unbezahlte Care-Arbeit leisten – Kinder betreuen, Angehörige pflegen, Haushalts- und Versorgungsarbeit übernehmen. Die aktuellen gesellschaftlichen Zahlen zeigen, dass diese Sorgearbeit weiterhin überwiegend von Frauen getragen wird. Eine gerechte Planung berücksichtigt daher unterschiedliche Wegeketten, Zeitbudgets, Sicherheitsanforderungen und Mobilitätsmuster.

Das betrifft sämtliche Bereiche des öffentlichen Raums – auch die Verteilung und Gestaltung von Verkehrs- und Stellflächen. Parkraum ist kein rein technisches Thema, sondern Teil der Flächenverteilung im Stadtraum. Seine Anordnung, Beleuchtung, Übersichtlichkeit und Einbindung in sichere Wegeketten beeinflussen Barrierefreiheit ebenso wie das subjektive Sicherheitsgefühl.

Gleichzeitig stellt sich die grundsätzliche Frage der Flächengerechtigkeit:

Wie viel Raum wird dem ruhenden Individualverkehr gewidmet – und wie viel Raum steht für Grünflächen, Aufenthaltsbereiche, Spielmöglichkeiten und soziale Nutzung zur Verfügung?

Eine gendergerechte und barrierefreie Planung bedeutet daher:

- sichere, gut beleuchtete und übersichtliche Verkehrs- und Stellflächen,
- barrierefreie Zugänge ohne Umwege,
- durchgängige und sichere Wegeketten,
- bewusste Abwägung zwischen Parkraum und qualitätsvollen Grün- und Freiflächen,
- aktive Auseinandersetzung mit Leerstand zur Stärkung sozialer Kontrolle,
- öffentliche Räume, die das subjektive Sicherheitsgefühl stärken, statt Angsträume zu erzeugen.

Gendergerechte Stadtplanung ist damit eine Frage der gerechten Flächenverteilung, der Sicherheit und der sozialen Verantwortung.

Die Bezirksvertretung sieht es als ihre politische Aufgabe, diese Grundsätze nicht nur zu unterstützen, sondern im eigenen Wirkungsbereich konsequent voranzutreiben.



Mehr Demokratiebildung und Antifaschismus für Margaretnrer Jugendliche

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

der 8. Schulstufe

Antrag

Der Bezirksvorsteher wird ersucht, Projekte zur Demokratieförderung für Margaretnrer Jugendliche, insbesondere für Schüler:innen im ~~Alter von 10 bis 14 Jahren~~, auch finanziell zu unterstützen. Besonderer Fokus soll dabei auf antifaschistische Arbeit gelegt werden. Beispielhaft sollten Initiativen wie pädagogisch gut vorbereitete Exkursionen zum ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gefördert werden.

Begründung

und Arbeit gegen Antisemitismus

Es gibt kein Zuviel an Einsatz für Demokratie.

Der aktuelle Rechtsextremismus-Bericht des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) für 2025 zeichnet ein beunruhigendes Bild der extremen Rechten in Österreich. Er dokumentiert nicht nur neonazistische Strukturen, sondern beschreibt auch neuere, vernetzte Milieus, die eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

Das DÖW untersuchte im Auftrag des Innen- und Justizministeriums die rechtsextreme und neonazistische Szene in Österreich. Im Zentrum stehen dabei vier Gruppen: Neonazis, deutschnationale Verbindungen, die sogenannte Neue Rechte und rechtsextreme Strömungen in diversen Communitys. Besonders auffällig ist laut DÖW der Wiederanstieg jugendlicher Neonazi-Symbole wie Bomberjacken oder Springerstiefel und eine stärkere Gewaltbereitschaft junger Akteur:innen.

Angesichts dessen ist es mehr als an der Zeit, demokratische Einstellungen bei jungen Menschen noch stärker zu fördern. Wohin Ausgrenzung und Hass führen können, und wie Demokratien (oft schleichend) abgeschafft werden, zeigt uns das Wissen aus der Geschichte. Wie es zum NS-Terror kam und was er für die Menschen bedeutete, wird im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gezeigt. Exkursionen nach Mauthausen werden von vielen Schulen unternommen und leider stellen die dafür anfallenden Kosten für viele Eltern von SchülerInnen ein Problem dar.

Mehr Demokratiebildung und Antifaschismus für Margaretner Jugendliche

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

der 8. Schulstufe

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte Mag.^a Bettina Emmerling, MSc wird ersucht, Projekte zur Demokratieförderung für Margaretner Jugendliche, insbesondere für Schüler:innen ~~im Alter von 10 bis 14 Jahren~~, anzubieten bzw. zu unterstützen. Besonderer Fokus soll dabei auf antifaschistische Arbeit gelegt werden. Beispielhaft sollten Initiativen wie pädagogisch gut vorbereitete Exkursionen zum ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gefördert werden.

Begründung

Es gibt kein Zuviel an Einsatz für Demokratie. und Arbeit gegen Antisemitismus

Der aktuelle Rechtsextremismus-Bericht des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) für 2025 zeichnet ein beunruhigendes Bild der extremen Rechten in Österreich. Er dokumentiert nicht nur neonazistische Strukturen, sondern beschreibt auch neuere, vernetzte Milieus, die eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

Das DÖW untersuchte im Auftrag des Innen- und Justizministeriums die rechtsextreme und neonazistische Szene in Österreich. Im Zentrum stehen dabei vier Gruppen: Neonazis, deutschnationale Verbindungen, die sogenannte Neue Rechte und rechtsextreme Strömungen in diversen Communitys. Besonders auffällig ist laut DÖW der Wiederanstieg jugendlicher Neonazi-Symbole wie Bomberjacken oder Springerstiefel und eine stärkere Gewaltbereitschaft junger Akteur:innen.

Angesichts dessen ist es mehr als an der Zeit, demokratische Einstellungen bei jungen Menschen noch stärker zu fördern. Wohin Ausgrenzung und Hass führen können, und wie Demokratien (oft schleichend) abgeschafft werden, zeigt uns das Wissen aus der Geschichte. Wie es zum NS-Terror kam und was er für die Menschen bedeutete, wird im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gezeigt. Exkursionen nach Mauthausen werden von vielen Schulen unternommen und leider stellen die dafür anfallenden Kosten für viele Eltern von Schüler:innen ein Problem dar.

Mehr Demokratiebildung und Antifaschismus für Margaretner Jugendliche

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

der 8. Schulstufe

Antrag

Die Bildungsdirektion für Wien wird ersucht, Projekte zur Demokratieförderung für Margaretner Jugendliche, insbesondere für Schüler:innen ~~im Alter von 10 bis 14 Jahren~~, anzubieten bzw. zu unterstützen. Besonderer Fokus soll dabei auf antifaschistische Arbeit gelegt werden. Beispielhaft sollten Initiativen wie pädagogisch gut vorbereitete Exkursionen zum ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gefördert werden.

Begründung

und Arbeit gegen Antisemitismus

Es gibt kein Zuviel an Einsatz für Demokratie.

Der aktuelle Rechtsextremismus-Bericht des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) für 2025 zeichnet ein beunruhigendes Bild der extremen Rechten in Österreich. Er dokumentiert nicht nur neonazistische Strukturen, sondern beschreibt auch neuere, vernetzte Milieus, die eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

Das DÖW untersuchte im Auftrag des Innen- und Justizministeriums die rechtsextreme und neonazistische Szene in Österreich. Im Zentrum stehen dabei vier Gruppen: Neonazis, deutschnationale Verbindungen, die sogenannte Neue Rechte und rechtsextreme Strömungen in diversen Communitys. Besonders auffällig ist laut DÖW der Wiederanstieg jugendlicher Neonazi-Symbole wie Bomberjacken oder Springerstiefel und eine stärkere Gewaltbereitschaft junger Akteur:innen.

Angesichts dessen ist es mehr als an der Zeit, demokratische Einstellungen bei jungen Menschen noch stärker zu fördern. Wohin Ausgrenzung und Hass führen können, und wie Demokratien (oft schleichend) abgeschafft werden, zeigt uns das Wissen aus der Geschichte. Wie es zum NS-Terror kam und was er für die Menschen bedeutete, wird im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gezeigt. Exkursionen nach Mauthausen werden von vielen Schulen unternommen und leider stellen die dafür anfallenden Kosten für viele Eltern von Schüler:innen ein Problem dar.

Einhaltung des Völkerrechts

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für die konsequente Einhaltung des Völkerrechts und das unveräußerliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung aus.

Begründung

Diese Resolution fordert die konsequente Einhaltung des Völkerrechts und das unveräußerliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung, verbunden mit der klaren Orientierung an Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der Zivilbevölkerung. Statt einseitiger militärischer Eingriffe sollen Dialog, multilaterale Vermittlung und regionale Initiativen Vorrang haben; wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen sind kritisch zu prüfen, weil umfassende Sanktionen und Blockaden oft die ärmsten Klassen der Bevölkerung treffen und humanitäre Notlagen verschärfen.

Konkret bedeutet das für Kuba, dass langjährige Handelsbeschränkungen auf ihre humanitären Folgen hin überprüft und Ausnahmen für den ungehinderten Zugang zu Medikamenten, Nahrungsmitteln und lebenswichtigen Gütern sichergestellt werden müssen, zugleich aber Austausch, Bildungs- und Kulturkooperationen sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft gefördert werden sollen.

In Venezuela besteht Besorgnis darüber, dass externe Einflussnahme, insbesondere durch die Vereinigten Staaten, die komplexe innenpolitische Lage verschärfen kann, wenn sie primär auf unilateralem Druck, wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen oder Unterstützung für regimewechselorientierte Strategien beruht. Die USA sollen aufgefordert werden, auf provokative oder eskalierende Interventionen zu verzichten, ihre Einflussnahme transparent zu machen und aktiv an regionalen und internationalen Vermittlungsformaten teilzunehmen.

Zu den Angriffen im Iran: Wie verurteilen jede Form von Gewalt, die Zivilist:innen trifft, und fordern sofortige Deeskalation sowie uneingeschränkten humanitären Zugang. Externe Einmischung darf die Lage nicht verschärfen — Staaten sollen auf multilaterale Vermittlung durch die Vereinten Nationen und regionale Foren setzen und konstruktiv zum Dialog beitragen. Schutz der Bevölkerung, Wahrung der Souveränität und die Stärkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Kräfte bleiben dabei zentrale sozialdemokratische Leitlinien.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Ing.ⁱⁿ Gabriele Strasser

BRin Hülya Aktunc

BR Christian Seidl

BR Wolfgang Mitis

BR Savin Abraham, MSc



BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic

BR Ing. Christian Bader

BRin Nadja Puttner

BR Roland Pagani

BR Mag.^a Ingrid Kurath

BRin Mag.^a Claudia Hofstadler

FÜR DEN GLEICHBERECHTIGTEN ZUGANG ZU MEDIZINISCH UNTERSTÜTZTER FORTPFLANZUNG FÜR ALLEINSTEHENDE FRAUEN IN ÖSTERREICH

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass die Bestimmungen im Bereich der medizinisch unterstützten Fortpflanzung dahingehend reformiert werden, dass alleinstehenden Frauen ein diskriminierungsfreier Zugang zu medizinisch unterstützten Fortpflanzungsmethoden, insbesondere Insemination und In-vitro-Fertilisation (IVF), ermöglicht wird.

Begründung

Derzeit ist der Zugang zu medizinisch unterstützter Fortpflanzung in Österreich durch das Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) ausschließlich Frauen vorbehalten, die sich in einer Ehe, eingetragenen Partnerschaft oder eheähnlichen Lebensgemeinschaft befinden. Alleinstehende Frauen sind von diesen Möglichkeiten ausgeschlossen, unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation und ihrem Kinderwunsch.

Diese gesetzliche Einschränkung führt zu einer Ungleichbehandlung und zwingt betroffene Frauen häufig dazu, medizinische Behandlungen im Ausland in Anspruch zu nehmen. Dies ist mit erheblichen finanziellen, organisatorischen und emotionalen Belastungen verbunden und schafft soziale Ungleichheit beim Zugang zu medizinischer Versorgung.

Aktuelle Entwicklungen und Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof zeigen, dass bestehende Regelungen im Bereich der Fortpflanzungsmedizin zunehmend hinterfragt werden und eine Anpassung an gesellschaftliche Realitäten erforderlich ist.

Als Bezirk in Wien, der für Gleichstellung, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit steht, spricht sich Margareten für die Beseitigung dieser Ungleichbehandlung aus. Frauen sollen unabhängig von ihrem Familienstand die Möglichkeit haben, ihren Kinderwunsch unter sicheren und rechtlich geregelten Bedingungen in Österreich zu verwirklichen.

Stärkung des Zivilschutzes und institutionelle Verankerung eines regelmäßigen Sicherheitsdialogs in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für die Stärkung des Zivilschutzes und institutionelle Verankerung eines regelmäßigen Sicherheitsdialogs in Margareten aus.

Begründung

Angesichts zunehmender globaler Unsicherheiten, geopolitischer Spannungen sowie konkreter Risiken wie großflächiger Stromausfälle (Blackout-Szenarien), Extremwetterereignisse oder Hochwasserlagen – auch in Wien – kommt dem Thema Zivilschutz eine wachsende Bedeutung zu.

Die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre sowie die verstärkte öffentliche Diskussion über Energie- und Versorgungssicherheit zeigen, dass Vorsorge, Koordination und transparente Kommunikation auf Bezirksebene unerlässlich sind.

Im Bezirk Margareten ist jedoch festzustellen, dass das Thema Zivilschutz derzeit nicht mit der notwendigen Priorität behandelt wird. So blieb der Bezirksvorsteher etwa bei einschlägigen Informationsveranstaltungen – wie einem Vortrag von „Helfer Wiens“ – fern, obwohl gerade solche Formate dem Informationsaustausch und der Sensibilisierung dienen.

Eine moderne Bezirksverwaltung muss sich ihrer Verantwortung in Fragen der Krisenvorsorge bewusst sein. Zivilschutz ist keine Randmaterie, sondern Teil der Daseinsvorsorge und betrifft alle Bürger:innen gleichermaßen.

Ein regelmäßiger, strukturierter Austausch zwischen Bezirksvorsteherung, Einsatzorganisationen und allen politischen Fraktionen würde:

die Koordination im Krisenfall verbessern

Transparenz und Informationsfluss erhöhen

parteiübergreifende Zusammenarbeit stärken

das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung fördern

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich daher klar dafür aus, dem Thema Zivilschutz künftig die notwendige Aufmerksamkeit, organisatorische Verankerung und politische Priorität einzuräumen.

STOPP dem Rasen in der Zentagasse und Stolberggasse - Maßnahmen gegen überhöhte Geschwindigkeit in der Zentagasse und Stolberggasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, werden ersucht, in Abstimmung mit der Landespolizeidirektion Wien, in der Zentagasse sowie in der Stolberggasse verstärkte Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen, die Errichtung einer mobilen Radaranlage zu prüfen, sowie den Kreuzungsbereich Zentagasse / Stolberggasse hinsichtlich zusätzlicher verkehrsberuhigender Maßnahmen (z. B. Bodenmarkierungen, bessere Sichtbeziehungen oder Querungshilfen) zu verbessern.

Begründung

Anrainer:innen berichten wiederholt von überhöhter Geschwindigkeit in der Zentagasse und Stolberggasse. Besonders im Kreuzungsbereich Zentagasse / Stolberggasse entsteht dadurch ein erhebliches Unsicherheitsgefühl. Für Eltern mit Kinderwägen, Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen stellt die Querung der Fahrbahn eine zunehmende Herausforderung dar. Neben der objektiven Verkehrssicherheit ist auch das subjektive Sicherheitsgefühl ein wesentlicher Faktor für Lebensqualität im dicht verbauteiten Bezirk Europas.

Darüber hinaus wurde für Margareten ein Verkehrskonzept angekündigt, das bislang nicht vorgelegt wurde. Angesichts der geschilderten Problemlage ist es dringend erforderlich, dieses Konzept transparent darzustellen und konkrete Maßnahmen für die betroffenen Straßenzüge zu definieren.

Nur durch eine Kombination aus Kontrolle, baulichen Maßnahmen und einer strategischen Gesamtplanung kann eine nachhaltige Verkehrsberuhigung erreicht werden.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Errichtung eines Schutznetzes über dem Basketballplatz im Einsiedlerpark

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, insbesondere die MA 42 – Wiener Stadtgärten, werden ersucht, die Errichtung eines Schutznetzes oder einer vergleichbaren technischen Sicherungsmaßnahme über dem Basketballplatz im Einsiedlerpark zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung

Der Einsiedlerpark stellt eine zentrale Frei- und Sportfläche im dicht verbauten 5. Wiener Gemeindebezirk dar und wurde im Sinne einer geschlechtersensiblen beziehungsweise geschlechtergerechten Parkgestaltung konzipiert. Ziel dieser Gestaltung war es, allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch Mädchen und jungen Frauen, eine gleichberechtigte und sichere Nutzung der Sport- und Aufenthaltsflächen zu ermöglichen. Im Bereich der Ballspielanlagen ist festzustellen, dass der Fußballplatz („Käfig“) über ein oben angebrachtes Schutznetz verfügt, während der unmittelbar angrenzende Basketballplatz nicht entsprechend gesichert ist. Dadurch kommt es immer wieder vor, dass Bälle über die Spielfläche hinaus auf die dahinterliegende Straße gelangen. In jüngerer Vergangenheit wurde ein Zwischenfall geschildert, bei dem ein Basketball auf die angrenzende Verkehrsfläche flog und dadurch eine potenzielle Gefährdungssituation entstand. Im Sinne der Verkehrssicherheit, der Prävention weiterer Vorfälle sowie der Gleichbehandlung beider Ballspielanlagen erscheint eine analoge Sicherung des Basketballplatzes sachlich gerechtfertigt. Eine entsprechende Maßnahme würde die Sicherheit für spielende Kinder und Jugendliche ebenso erhöhen wie für Verkehrsteilnehmer:innen im angrenzenden Straßenraum.

Anhang



Überprüfung der Zufahrtssituation für Margareten Mitte sowie Maßnahmen gegen Ausweichverkehr in der Hollgasse und der Nikolsdorfergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, werden ersucht, die derzeitigen Abbiegemöglichkeiten stadteinwärts auf der Wiedner Hauptstraße im Bereich Margareten einer umfassenden verkehrstechnischen Evaluierung zu unterziehen. Im Rahmen dieser Evaluierung ist insbesondere zu prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, um Ausweichverkehr in Wohnstraßen zu reduzieren und ob zusätzliche verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Hollgasse sowie der Nikolsdorfergasse erforderlich sind.

Begründung

Im Zuge der aktuellen Verkehrsführung auf der Wiedner Hauptstraße kommt es stadteinwärts zu Einschränkungen in Richtung Margareten Mitte beziehungsweise Mariahilf.

Aus Rückmeldungen von Anrainerinnen, sowie vor kurzem einem alarmierenden Zeitungsartikel, geht hervor, dass Fahrzeuglenker:innen vermehrt über die Hollgasse und Nikolsdorfergasse ausweichen, um ihr Fahrtziel dennoch zu erreichen. Dadurch entstehen in diesen Wohnstraßen problematische Verkehrssituationen, insbesondere durch Wendemanöver und Rückwärtsfahren in engen Straßenräumen.

Dies führt zu erhöhtem Gefährdungspotenzial für Fußgänger:innen, insbesondere Kinder und ältere Menschen, zusätzlicher Lärm- und Abgasbelastung, Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität und unübersichtlichen und konflikträchtigen Verkehrssituationen.

Eine sachliche und faktenbasierte Überprüfung der derzeitigen Regelung erscheint daher notwendig, um die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer:innen zu gewährleisten und die Wohnqualität in den betroffenen Straßen nachhaltig zu sichern.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Margareten hat ein Herz für Hunde - Zeitgemäße Adaptierung bestehender Hundezonen sowie Errichtung getrennt geführter Hundebereiche in Margareten's Hundezonen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 42 – Wiener Stadtgärten, werden ersucht, die bestehenden Hundezonen im Bezirk Margareten zeitgemäß zu adaptieren (u. a. hinsichtlich Ausstattung, Beschattung, Sitzgelegenheiten, Trinkmöglichkeiten für Hunde, Bodenbeschaffenheit und Einfriedung), sowie die Errichtung eigener, baulich oder organisatorisch getrennter Hundebereiche für kleine Hunde in folgenden Anlagen zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen:

- Leopold-Rister-Park
- Einsiedlerplatz
- Bacherpark
- Gaudenzdorfer Gürtel

Begründung

Hundezonen sind wichtige Begegnungsorte für Hundebesitzer:innen und tragen wesentlich zu einem guten Zusammenleben im dicht bebautesten Bezirk Europas bei. In mehreren Anlagen zeigt sich jedoch, dass Ausstattung und Gestaltung nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen.

Zudem kommt es in bestehenden Hundezonen immer wieder zu Nutzungskonflikten zwischen großen und kleinen Hunden. Getrennte Bereiche für kleinere Hunde können das Verletzungsrisiko reduzieren, das Sicherheitsgefühl der Halter:innen erhöhen und die Aufenthaltsqualität insgesamt verbessern.

Eine Modernisierung der Ausstattung sowie die Errichtung getrennter Hundebereiche stellen daher einen wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit, Tierwohl und einem respektvollen Miteinander im öffentlichen Raum dar.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Spielplatzanpassung Klieberpark – bessere Nutzung für Volksschulkinder

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, allen voran die MA42, werden ersucht, den Spielplatz im Klieberpark dahingehend zu prüfen und anzupassen, dass auch Kinder im Volksschulalter altersgerechte Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten erhalten.

Begründung

Der Klieberpark bietet derzeit vorrangig Spielgeräte für Kleinkinder, während Kinder im Volksschulalter nur eingeschränkte Möglichkeiten zur aktiven Nutzung des Parks haben. Eine altersgerechte Erweiterung des Spielbereichs fördert:

- die motorische Entwicklung und Bewegungsfreude von Kindern,
- soziale Interaktion und gemeinsames Spielen in der Nachbarschaft,
- die Attraktivität öffentlicher Grünflächen für Familien im Bezirk Margareten.

Die Anpassung des Spielplatzes entspricht somit den Zielen der Stadt Wien, öffentliche Räume für alle Altersgruppen zugänglich und nutzbar zu gestalten.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Ing.ⁱⁿ Gabriele Strasser

Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Reinprechtsdorferstraße 30, Ecke Högelmüllergasse 1A

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an oben genannter Örtlichkeit für Rollstuhlbenutzer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für BenutzerInnen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Fotocredit: Salaun

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Stolberggasse 39 – Wimmergasse 15

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an oben genannter Örtlichkeit für Rollstuhlbenützer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für Benützer:innen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Fotocredit: Salaun

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Stolberggasse/Nikolsdorfer Gasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an oben genannter Örtlichkeit für Rollstuhlbenützer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für BenützerInnen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Foto: wien.gv.at

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Rollstuhlgerechte Ampelschaltung an der Kreuzung Ampelschaltung Wiedner Hauptstraße 109/111 – Ecke Kliebergasse/Zentagasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 46 werden um Überprüfung und ggf. Anpassung der Ampelschaltung an oben genannter Kreuzung ersucht, um diese auch für Rollstuhlbenützer:innen angstfrei benützbar zu machen.

Begründung

Rollstuhlbenützende Bezirksbewohner:innen berichten, dass die genannte Kreuzung großräumig umfahren werden muss, da die Grün- sowie Räumphase aufgrund der derzeitigen Ampelschaltung bei weitem nicht zur gefahrlosen Querung ausreichen.

Anhang



Fotocredit: Salaun

Sicherstellung sicherer Gehwege im Bereich von Baukränen im öffentlichen Raum

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA 46, werden ersucht, dass bei Ansuchen um die Errichtung eines Baukranes auf öffentlichem Gut im Bezirk Margareten sicherzustellen ist, dass der Gehsteig durchgehend und barrierefrei benutzbar bleibt.

Dies ist insbesondere durch geeignete bauliche Maßnahmen – etwa durch eine entsprechende Aufständering (Aufsockelung) des Baukranes, sodass ein gefahrloses Unterqueren möglich ist – oder durch gleichwertige Lösungen zu gewährleisten.

Eine Unterbrechung des Gehsteiges mit Verweisung des Fußverkehrs auf die Fahrbahn soll nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig sein

Begründung

Im Zuge von Baustellen im öffentlichen Raum kommt es regelmäßig zur Aufstellung von Baukränen und sonstigen Baustelleneinrichtungen auf öffentlichem Gut. Dabei werden Gehsteige teilweise unterbrochen oder so verengt, dass Fußgänger:innen gezwungen sind, auf die Fahrbahn auszuweichen oder diese zusätzlich zu queren.

Eine solche Verkehrsführung stellt insbesondere für vulnerable Personengruppen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Ältere Menschen verfügen häufig über eingeschränkte Mobilität und reduzierte Reaktionsfähigkeit; das plötzliche Ausweichen auf die Fahrbahn erhöht für sie die Gefahr von Stürzen oder Verkehrsunfällen. Kinder sind im Straßenverkehr aufgrund ihrer geringeren Erfahrung und Gefahren einschätzung besonders gefährdet. Auch Personen mit Kinderwagen, Rollstühlen oder Rollatoren sind auf durchgängige, barrierefreie Gehwege angewiesen und können Fahrbahnquerungen oft nur erschwert oder unter erhöhtem Risiko bewältigen.

Technisch ist es möglich, Baukräne so aufzuständern, dass der Gehsteig darunter durchgehend benutzbar bleibt. Solche Lösungen werden im innerstädtischen Bereich bereits umgesetzt und ermöglichen sicheren Fußverkehr ohne Ausweichen auf die Fahrbahn. Gerade in einem urbanen Bezirk wie Margareten mit hohem Fußgänger:innenaufkommen ist es geboten, diese Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen.

Dringende Instandsetzung und neues, ausgewogenes Lichtkonzept für den Ruhe- und Sinnesgarten in der Siebenbrunnengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, insbesondere die MA 33 – Wien Leuchtet (öffentliche Beleuchtung) sowie die MA 42 – Wiener Stadtgärten (Parkverwaltung) werden ersucht, umgehend ein modernes, bedarfsgerechtes Lichtkonzept für den Park „Ruhe- und Sinnesgarten in der Siebenbrunnengasse“ ausarbeiten sowie im Zuge der vollständigen Instandsetzung der bestehenden Beleuchtungsanlagen im Ruhe- und Sinnesgarten umzusetzen.

Begründung

Der Ruhe- und Sinnesgarten in der Siebenbrunnengasse ist eine wichtige öffentliche Grün- und Erholungsfläche für die Bewohner:innen des Bezirks. In den vergangenen Monaten wird der Park jedoch bei Einbruch der Dunkelheit zunehmend als Unsicherheitsraum wahrgenommen.

Derzeit ist die bestehende Beleuchtung im Park nicht funktionsfähig bzw. nur eingeschränkt in Betrieb. Dadurch verschärft sich die Situation erheblich. Anrainer:innen berichten von einer deutlichen Verschlechterung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Im Gebäude Siebenbrunnengasse 29 kam es wiederholt zu Einbrüchen. Zudem wurden Schüler:innen im Bereich der Spengergasse in den Abendstunden belästigt.

Eine funktionierende und zeitgemäße Beleuchtung stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit dar. Gleichzeitig ist darauf Bedacht zu nehmen, dass es zu keiner übermäßigen Lichtbelästigung für Bewohner:innen kommt.

Ein öffentlicher Park darf kein Angstraum sein. Die sofortige Wiederherstellung der Beleuchtung ist eine Mindestmaßnahme. Darüber hinaus braucht es ein nachhaltiges, gut abgestimmtes Lichtkonzept, das Sicherheit schafft und gleichzeitig die Wohnqualität im Grätzel respektiert.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter



Neue Radservicestationen für Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.a Ulli Sima wird ersucht, auf die Wiener Linien dahingehend einzuwirken, dass folgende WienMobil-Stationen um Radservicestationen erweitert werden:

WienMobil Rad: Pilgramgasse
WienMobil Rad: Kettenbrückengasse U / Naschmarkt
WienMobil Rad: Siebenbrunnenplatz
WienMobil Rad: Hartmannngasse / Wiedner Hauptstraße

Begründung

Die Wiener Radwegoffensive wird auch in Margareten mit dem neuen Zweirichtungsradweg im Rudolf-Sallinger-Park und auf der Wiedner Hauptstraße fortgesetzt. Mit Fertigstellung gibt es dann durchgehend baulich getrennte Radwege zwischen Karlsplatz und Matzleinsdorfer Platz.

Die unter sozialdemokratischer Regentschaft in Margareten in den letzten Jahren errichteten Radwegprojekte: fahrradfreundliche Straßen Kleine Neugasse und Mittersteig sowie Kohlgasse; Margaretenstraße (RgE), Reinprechtsdorfer Straße (RgE); Lückenschluss Schönbrunner Straße; Naschpark (Zweirichtungsradweg) erfreuen sich großer Beliebtheit und tragen zu einem umweltfreundlichen Modal Split im Fünften bei.

Über Wien verteilt gibt es an frequentierten Radwegen viele öffentlich zugängliche Luftpumpen, Fahrradservicestationen und Fahrradschlauchautomaten. In Margareten gibt es öffentliche Stationen beim Bruno-Kreisky-Park, im Bereich Margareten Gürtel/Arbeitergasse sowie beim Margarete-Schütte-Lihotzky-Park. Zahlreiche großartige Fahrradgeschäfte ergänzen zu den jeweiligen Öffnungszeiten das Angebot.

Bei den 24h-WienMobil-Radservicestationen findet sich eine breite Palette an Werkzeug: vom Schraubendreher über Sechskantschlüssel bis zu Maulschlüssel. Die Erfahrungen mit den schon existierenden Einrichtungen zeigen, dass die Einrichtung gut angenommen werden. Weiters sind die Pumpen auch für die Auffüllung der Reifen von Kinderwägen und Rollstühlen nutzbar. Die vorgeschlagenen Standorte sind stark frequentierte Orte, in deren Umgebung es bis dato kein Serviceangebot gibt.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

BR Savin Abraham MSc



Transparenz bei Radbügeln

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für eine transparente, nachvollziehbare und demokratische Entscheidungsfindung in einem geeigneten Format, wie beispielsweise die erfolgreiche Radbügelkommission in der letzten Periode, aus!

Begründung

Eine transparente, nachvollziehbare und demokratische Entscheidungsfindung in einem geeigneten Format — wie die erfolgreiche Radbügelkommission in der letzten Periode — ist für den Gemeindebezirk Margareten aus mehreren Gründen wünschenswert und vorteilhaft.

Erstens schafft Transparenz Legitimität und Vertrauen: wenn Bürger:innen, Anrainer:innen und Entscheidungsträger:innen sehen können, wie Entscheidungen zustande kommen, werden Beschlüsse eher akzeptiert und umgesetzt.

Zweitens erhöht die Teilhabe aller gewählten Vertreter:innen die Qualität der Entscheidungen, weil lokale Expertise, Nutzungsgewohnheiten und konkrete Kriterien frühzeitig einfließen; das verhindert Fehlplanungen und reduziert spätere Nachbesserungen.

Drittens fördert ein klar strukturierter, demokratischer Prozess Konfliktvermeidung und Kooperation.

Insgesamt sind Transparenz, Nachvollziehbarkeit und demokratische Formate nicht nur demokratische Werte, sondern auch pragmatische Instrumente, um effizientere, gerechtere und nachhaltigere Lösungen für Margareten zu erreichen — sie sollten daher institutionalisiert und bei künftigen Projekten als Standard angewendet werden.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

Verbesserter Baumschutz für 44jährigen Spitzhorn in der Siebenbrunnenfeldgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen, allen voran die MA42, werden ersucht, die Baumscheibe im Bereich Siebenbrunnenfeldgasse 9 (12A-Station) – Bild siehe Anhang - mit Sezessionsgitter einzufassen (Baumkataster Nr. 1025).

Begründung

Wie am Bild ersichtlich, wurden in der Umgebung schon einige größere Baumscheiben in der Vergangenheit mit Sezessionsgitter umfasst. Dies führte zu einer deutlichen Verbesserung der Wiesenqualität, was auf den Bildern auch farblich klar zur Geltung kommt. In erster Linie aber profitiert der Baum, da selbiger deutlich weniger Hundeurin aufnehmen muss. Anrainer:innen sowie Gaststättengäste haben daher auch aus olfaktorischen Gründen die Umfassung der Baumscheibe (Baumkataster Nr. 1025) angeregt.

Anhang



BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Verhinderung von linksextremistischen Straftaten in unserem Bezirk und empirische Dokumentation der demokratischen und rechtsstaatlichen Gesinnung in der Bezirksvertretung Wien-Margareten

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03.2026 beschließen:

„Die zuständigen Stellen der Stadt Wien und die Sicherheitsbehörden werden aufgefordert, ein Sicherheitskonzept vorzulegen, das linksextremistisch motivierte Straftaten gegen Eigentum und Personen in der Stadt Wien und unserem Bezirk zukünftig verhindern sollen.“

Begründung:

„Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Nein er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.“ (Ignazio Silone, italienischer Sozialist)

Wehret den Anfängen: Gewalt und Sachbeschädigung gegen Andersdenkende dürfen in unserem Bezirk keinen Platz haben.

Diebstahl nach FPÖ-Familienfest in Margareten: Kriminelle Attacke auf Gasthaus zur Elisabeth

Gasthaus erneut Ziel von Vandalismus – FPÖ fordert Aufklärung

Wien (OTS) -

In der Nacht von Sonntag auf Montag wurden dem Gasthaus zur Elisabeth in der Fendigasse 40 Heurigenbänke und 20 Tische gestohlen. Der Schaden beläuft sich auf rund 5.000 Euro. Noch am Samstag hatte dort ein großes von der FPÖ organisiertes Familienfest stattgefunden.

„Der gezielte Diebstahl dieser Gegenstände lässt auf eine bewusst geplante Tat schließen“, so FPÖ-Wien Landespartei sekretär Michael Stumpf. „Es ist nicht das erste Mal, dass dem Gasthaus zur Elisabeth Schaden zugefügt wird – in der Vergangenheit kam es bereits mehrfach zu politisch motivierten Schmieraktionen mit linksextremen Parolen.“

Roland Guggenberger, FPÖ-Bezirksparteiobmann in Margareten, betont: „Auch wenn die Täter derzeit noch unbekannt sind, reiht sich dieser Vorfall in eine beunruhigende Serie von Angriffen auf ein Lokal ein, das sich durch parteipolitische Offenheit auszeichnet. Wer versucht, Wirte unter Druck zu setzen, um Veranstaltungen zu verhindern, gefährdet die demokratische Kultur in unserem Land.“

Die Polizei wurde verständigt, Anzeige gegen unbekannt erstattet. Hinweise nimmt jede Polizeidienststelle sowie die FPÖ-Wien unter roland.guggenberger@fpoe.at entgegen.

„Dieser Fall zeigt einmal mehr, wie sehr Wien unter zunehmender Kriminalität leidet. Egal ob Einbruch, Diebstahl, Vandalismus oder Einschüchterung – die Hemmschwelle sinkt dramatisch. Die Menschen haben ein Recht auf Sicherheit, und genau deshalb fordern wir eine umfassende Sicherheitsoffensive für Wien. Es braucht endlich konsequente Maßnahmen gegen Kriminalität – nicht Ausreden oder Wegschauen“, so Stumpf abschließend. (Schluss)

Quelle:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250414_OTSO124/diebstahl-nach-fpoe-familienfest-in-margareten-kriminelle-attacke-auf-gasthaus-zur-elisabeth

Antifa unter Verdacht: Farb-Anschlag auf Wiener Weinbar

Das Lokal „Vino“ ist eine beliebte Weinbar – vor allem auch für Politiker, aufgrund ihrer physischen Nähe zum Wiener Rathaus. Nun wurde es aber Opfer eines wahrscheinlich politisch motivierten Anschlags.

Der Außenbereich des Lokals Vino in der Lichtenfelsgasse nahe des Wiener Rathauses wurde komplett verwüstet. Wie oe24 berichtet, haben mit einer Art Lackfarbe bisher unbekannte Täter Stühle, Fenster, Tische und sogar die Fassade besprüht, vorwiegend in türkiser Farbe. Auch ist die Zahl 161, welche als Zahlen-Code für die Buchstaben „AFA“, also „Antifaschistische Aktion“ (Antifa) stehen dürften, wurde auf die Tür-Front gesprayt.

FPÖ fordert harte Linie gegen Linksextremisten

“Es ist völlig egal, welche politischen Ansichten jemand vertritt: Gewalt, Einschüchterung und Sachbeschädigung sind keine legitimen Mittel der politischen Auseinandersetzung. Wenn Lokale und unbeteiligte Unternehmer zum Ziel ideologisch motivierter Attacken werden, ist das ein absolutes Alarmzeichen“, so der Freiheitliche Parlamentsklub in einer Presseaussendung.

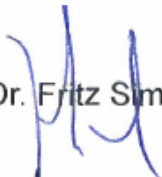
Der Linksextremismussprecher der FPÖ Wien, Leo Lugner, forderte eine rasche Aufklärung des Vorfalls sowie deutliche Konsequenzen: „Innenminister und Behörden müssen sicherstellen, dass solche Taten nicht folgenlos bleiben. Linksextreme Gewalt wird in diesem Land noch immer verharmlost und genau das führt zu solchen Eskalationen.“

Abschließend forderten Schwaighofer und Lugner sofortiges, konsequentes Handeln der Behörden. Eine gezielte behördliche Offensive gegen die Szene, die sich hinter dem Etikett „Antifa“ versammelt, sei überfällig, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, den Rechtsstaat zu verteidigen und ein deutliches Zeichen gegen linksextreme Gewalt zu setzen. Wer Gewalt anwendet oder schwere Sachbeschädigungen als politisches Mittel einsetzt, habe in unserer Demokratie keinen Platz und müsse konsequent und mit voller Stärke des Gesetzes verfolgt werden. „Das VINO ist ein beliebter Treffpunkt bei allen Rathaus-Fraktionen. Wir erwarten einen klaren Schulterschluss aller Parteien gegen diesen demokratiefeindlichen Akt. Wien darf sich von Linksextremisten nicht einschüchtern lassen“, ergänzte Lugner.

Quelle: <https://exxpress.at/news/vandalismus-an-einer-weinbar-antifa-unter-verdacht/>

Zur Information: Dieser Antrag wird so lange durch die FPÖ-Fraktion gestellt werden, bis er eine Mehrheit findet. Er dient damit gleichzeitig der empirischen Dokumentation der demokratischen und rechtsstaatlichen Gesinnung in der Bezirksvertretung Wien-Margareten.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKS RÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Gegen Sozialabbau für Österreicher durch die Schwarz-Rot-Pinke Belastungsregierung

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03.2026 beschließen:

„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich gegen den Sozialabbau für Österreicher durch die Schwarz-Rot-Pinke Belastungsregierung aus.“

Begründung:

Die aktuell in Regierungsverantwortung befindliche Schwarz-Rot-Pinke Belastungsregierung belastet seit einem Jahr die Österreicher durch Sozialabbau und Steuererhöhungen. Der „Meister Rentenklau“ und der „Meister Eigentumsfeind“ gehen um, um die Anständigen und Fleißigen zu bestrafen, während jene, die in unseren Sozialstaat einwandern und die Budgets der Sozialversicherung, des Arbeitsmarktservice und der Sozial- und Wohnhilfe vom ersten Tag an durch Gesundheitskosten, Arbeitsmarktschulungskosten, Grundversorgung, Sozialhilfe, Wohnhilfe, Integrationskosten über Gebühr belasten, aus ideologischen Gründen unterstützt werden. Dem muss ein entschiedenes NEIN entgegen gehalten werden.

BR KO Dr. Fritz Simhandl

BR Andreas Schön

BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Lebensmittelsozialmarkt für Wien-Margareten

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03.2026 beschließen:

„Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht, alle notwendigen Kommunikationsmaßnahmen zu treffen, um eine rasche Umsetzung des Projekts eines Lebensmittelsozialmarkts für und in Wien-Margareten umzusetzen“.

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an die Kommission für Soziales, Gesundheit, Sicherheit und Bewegung beantragt

BEGRÜNDUNG

In der Legislaturperiode 2020 bis 2025 wurde wiederholt das Projekt eines Lebensmittelsozialmarkts für und in Wien-Margareten diskutiert. Es existiert zwar ein Sozialmarkt für Spielzeug, Kinder- und Jugendbücher, Schulbücher, Sportartikel, Bekleidung für Kleinkinder & Tragehilfen in unserem Bezirk, ein eigener Lebensmittelsozialmarkt existiert nicht. Sehr wohl gibt es einen Lebensmittelsozialmarkt in Wien-Wieden oder auch in Wien-Meidling. Durch die multiplen ökonomischen und sozialen Krisen (Inflation, explodierende Wohn- und Energiekosten, Pleitewellen, Massenarbeitslosigkeit) vergrößerte sich die Zahl jener Mitbürger, die in existenziellen Schwierigkeiten sind, immer mehr. Dies gilt auch in besonderem Maße für unseren Bezirk. Deshalb sollte man auch in Wien-Margareten gemeinsam das Modell eines eigenen Lebensmittelsozialmarktes vorantreiben und von Seiten der Bezirksvertretung politisch unterstützen.

Aktuelle Sozialmärkte:

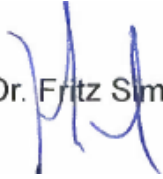
- FOODPOINT Auf der Schmelz, Verein START UP (1150 Wien)
- FOODPOINT Brünnerstraße, Verein START UP (1210 Wien)
- FOODPOINT Erdberg, Verein START UP (1030 Wien)

- FOODPOINT Favoriten, Verein START UP (1100 Wien)
- FOODPOINT Hernals, Verein START UP (1170 Wien)
- FOODPOINT Leopoldstadt, Verein START UP (1020 Wien)
- FOODPOINT Meidling, Verein START UP (1120 Wien)
- FOODPOINT Penzing, Verein START UP (1140 Wien)
- FOODPOINT Pragerstraße, Verein START UP (1210 Wien)
- Günstige PCs für Sozialmarkt-Kund:innen - Wiener Hilfswerk, Verein (1070 Wien)
- Lebensmittelausgabe, Verein MUT (1040 Wien)
- MaBa, Mama-Baby-Sozialraum (Diakonie Eine Welt Sozialdienst) (1150 Wien)
- Pfotenmarkt auf Rädern - Tiertafel für Haustiere
- Samariterbund Sozialmarkt (1100 Wien)
- Samariterbund Sozialmarkt (1120 Wien)
- Samariterbund Sozialmarkt (1150 Wien)
- Samariterbund Sozialmarkt (1210 Wien)
- Samariterbund Sozialmarkt (1220 Wien)
- SOMA Sozialmarkt Wien Neubau - Wiener Hilfswerk, Verein (1070 Wien)
- SOMA Sozialmarkt Wien Penzing - Wiener Hilfswerk, Verein (1140 Wien)
- SOS-Ballon, Sozialmarkt für Spiel- und Kinderwaren (1050 Wien)
- Sozialmarkt, Allesverwerter – Verein für sozial Benachteiligte (1100 Wien)
- Sozialmarkt, Allesverwerter – Verein für sozial Benachteiligte (1160 Wien)
- Sozialmarkt Donaustadt, Sozialmarkt Wien, gemeinnütziger Verein (1220 Wien)
- Sozialmarkt Favoriten, Sozialmarkt Wien, gemeinnütziger Verein (1100 Wien)
- Sozialmarkt Ottakring, Sozialmarkt Wien, gemeinnütziger Verein (1160 Wien)
- Verein Futterbox Österreich – Sozialtafel für Haustiere (3100 St. Pölten, 1190 Wien)
- Verein „PCs für alle“ (1030 Wien)

□ VinziMarkt, Vinzenzgemeinschaft (1110 Wien)

Quelle: [Thema "Sozialmärkte" - Sozialinfo Wien](#)

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Weitere Polizeiwachstuben für unseren Bezirk Wien-Margareten

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03. 2026 beschließen:

„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für weitere Polizeiwachstuben für und in unserem Bezirk Wien-Margareten aus.“

Begründung:

Was es in der aktuell Sicherheitssituation in der Bundeshauptstadt Wien und damit auch in unserem Bezirk Wien-Margareten braucht, sind zusätzliche Polizeiwachstuben, damit die Sicherheit unserer Bürger wohnortnahe gewährleistet wird. Die Umsetzung der in der Bezirksvertretung beschlossenen zusätzlichen Polizeiwachstube im Bereich Gürtel ist immer noch nicht umgesetzt. Ganz im Gegenteil, es drohen Personalreduktion und Überstundenkürzungen für die Bundeshauptstadt Wien und unseren Bezirk. Das muss verhindert werden. Die letzten Jahre haben in der Kriminalstatistik und den einschlägigen Medienberichten gezeigt, wie notwendig das ist.

<https://www.bundeskriminalamt.at/501/start.aspx>

Ein kleiner Auszug aus den letzten Monaten

Raub in Wohnung: 84-Jähriger in Wien verletzt

Am Freitagvormittag, den 12. September 2025, kam es in Wien-Margareten zu einem brutalen Überfall. Gegen 11 Uhr sollen zwei unbekannte Täter in eine Wohnung im Bereich der Siebenbrunnengasse eingedrungen sein.

<https://www.5min.at/5202509131307/raub-in-wohnung-84-jaehriger-in-wien-verletzt/>

Mann sperrte Geschäftsinhaber ein und brach Kasse auf

13. Dezember 2025

Am Freitagabend soll es zu einem Raubüberfall in einem Geschäft in Margareten gekommen sein. Infolgedessen soll der Tatverdächtige den Geschäftsinhaber im Lagerraum eingesperrt und danach Bargeld aus der Kassa gestohlen haben.

https://www.meinbezirk.at/c-lokales/mann-sperrte-geschaeftsinhaber-ein-und-brach-kasse-auf_a7886200

Tote 27-Jährige: Einvernahmen laufen

30. Juni 2025

Nachdem eine 27-jährige Frau am Samstag tot in ihrer Wohnung in Wien-Margareten gefunden worden ist, ermittelt die Polizei in alle Richtungen. Fremdverschulden ist weiterhin möglich. Derzeit laufen Einvernahmen.

<https://wien.orf.at/stories/3311626/>

Mehr Fahrrad-Diebstähle und Einbrüche in Autos als im Vorjahr

26. Mai 2025

Alle Jahre wieder veröffentlicht die Wiener Polizei eine auf die Bezirke aufgeschlüsselte Kriminalstatistik. MeinBezirk hat dir all jene Fälle zusammengefasst, die in Margareten erwähnenswert sind.


Diebstahl, Internetbetrug & Co.....

Anstieg bei Vergewaltigungen

https://www.meinbezirk.at/margareten/c-lokales/mehr-fahrrad-diebstaehle-und-einbrueche-in-autos-als-im-vorjahr_a7323441

usw. usw.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



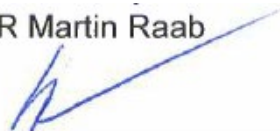
BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "BR Arndt Praxmarer, MSC". The signature is fluid and cursive, with the letters "BR" being particularly prominent and stylized.

Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Bericht zur bisherigen Tätigkeit der Bezirksbeauftragten

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03.2026 beschließen:

„Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass ein Bericht über die bisherige Tätigkeit und die Einsatzbereiche der einzelnen Bezirks-Beauftragten seit dem Zeitpunkt ihrer Bestellung zu veröffentlichen ist.“

Begründung:

Folgender Text bzw. Inhalt ist auf der Homepage der Bezirksvorstehung veröffentlicht:

In Margareten stehen elf Personen den Bürgern als Ansprechpersonen für besondere Anliegen zur Verfügung.

Die Bezirksbeauftragten der Bezirksvorstehung Margareten sind unabhängige Experten in ihrem Themenbereich und unterstützen mit ihrer Arbeit den Bezirksvorsteher. Sie sind außerdem Ansprechperson für Bürger und stehen im Dialog mit den Margaretern.

Im einzelnen werden eine/ein

- Beauftragte für Inklusion
- Beauftragte für Grätzlwirtschaft
- Beauftragte des Menschenrechtsbezirks Margareten
- Beauftragte für Kinder und Jugend
- Europa-Beauftragten
- Frauen-Beauftragte
- Beauftragten für Sucht und Drogen
- Beauftragten für Klima und Energie
- Senioren-Beauftragte

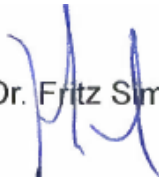
- Gemeindebau-Beauftragten
- Beauftragten für ein demenzfreundliches Margareten angeführt.

Kontakt

Sie erreichen die Bezirksbeauftragten über das [Büro der Bezirksvorstehung Margareten](#) unter post@bv05.wien.gv.at.

Für die Bevölkerung in unserem Bezirk ist es von Interesse, welche bisherige Tätigkeit in welchen Einsatzbereichen die einzelnen Bezirksbeauftragten durchgeführt haben.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Soweit in dieser Anfrage/diesem Antrag personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Rückkehr zu Budgetdisziplin und effizientem Mitteleinsatz

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03.2026 beschließen:

„Grundsatzbeschluss „Mehr Wirkung pro Steuergeld“

„Die Bezirksvertretung bekennt sich zu Budgetdisziplin, nachvollziehbarer Prioritätensetzung und überprüfbarer Wirksamkeit bei der Verwendung der budgetären Mittel in und für den Bezirk Wien-Margareten.“

Begründung

Allen politischen Unterschieden zum Trotz, sollten die gewählten Mandatäre der Bezirksvertretung sowie der einzelnen Ausschüsse und Kommissionen stets nach bestem Wissen und Gewissen handeln.

Dies setzt formelle Richtigkeit, Einhaltung gesetzlicher Normen und Nachvollziehbarkeit aller Projekte voraus. Dem Steuerzahler sollte zu jedem Zeitpunkt erklärbar und erkennbar sein, was mit seinem/ihrem Geld passiert und wieso. Traurigerweise haben sich bereits Ebenen einzelner Parteien deren Gründungssteine die Punkte **Budgetdisziplin, Transparenz, Entbürokratisierung und Kontrolle von Machtmissbrauch** einst waren, von eben diesen verabschiedet. Die Bezirksvertretung trägt Verantwortung für einen zielgerichteten und sparsamen Mitteleinsatz im Bezirk. Budgetdisziplin bedeutet nicht pauschales Kürzen, sondern **klare Prioritäten, Planungssicherheit und nachweisbare Wirkung**. Durch standardisierte Projektchecks, konsequentes Controlling und einfache Evaluierungen können Mittel effizienter eingesetzt, Folgekosten besser gesteuert und die Nachvollziehbarkeit für Bürger erhöht werden. Damit wird der Grundsatz „mehr Wirkung pro Steuergeld“ konkret und überprüfbar umgesetzt.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



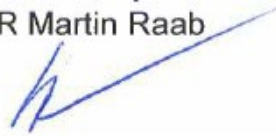
BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Soweit in dieser Anfrage/diesem Antrag personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Abkehr von fragwürdigen Prozessen, zurück zu politisch korrekten Beschlüssen

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03.2026 beschließen:

„Die Bezirksvertretung spricht sich für die Rückkehr zu demokratischen Prozessen und formaler korrekter politischer Arbeit in den zuständigen Bezirksgremien (Bezirksvertretung, Ausschüsse und Kommissionen) in Wien-Margareten aus.“

Begründung

Mit größtem Bedauern und ernsthafter Besorgnis muss festgestellt werden, dass im Zuge der Sitzung des Finanzausschusses am 26.01.2026 wesentliche demokratische Verfahren missachtet wurden. In einem evident machtorientierten Vorgehen wurden Anträge zu bedeutenden und kostenintensiven Bauprojekten ohne vorangegangenes ausreichendes Einsichtsrecht oder Beratung eingereicht. Diese Einreichungen erfolgten derart kurzfristig, dass eine sorgfältige, formelle Prüfung und fundierte Diskussion im Rahmen der Sitzung nicht möglich waren.

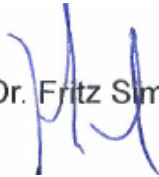
Besonders gravierend erscheint, dass sowohl die NEOS als auch die KPÖ ungeachtet dieser offensichtlichen und angesprochenen Prozessmängel, sowie Formalfehler ihre Zustimmung erteilt haben und somit die Verabschiedung der Anträge ermöglichten. Dies lässt zumindest die Frage nach der teilweisen Vorabinformiertheit einiger Elemente zu. Eine eingehende Prüfung zeigt, dass zumindest einer der Anträge erhebliche formale Mängel aufweist, insbesondere durch die falsche Benennung von Straßen oder Plätzen, was auf eine undurchdachte und unzureichend präzise Erarbeitung schließen lässt.

In Anbetracht der dargelegten Sachverhalte wird hiermit darauf verwiesen, Folgendes wieder zu gewährleisten:

- Die Wiedereinsetzung der demokratischen Verfahren, insbesondere die Gewährleistung angemessener Fristen für Akteneinsicht und umfassende Beratung in allen zukünftigen Angelegenheiten von solcher Tragweite.

- Die Überprüfung der beschlossenen Bauprojekte hinsichtlich ihrer finanziellen Tragfähigkeit und Notwendigkeit.
- Die Durchführung einer formalen Prüfung und Berichtigung der Antragsfehler, um die Bereitstellung korrekter Informationen und Entscheidungsgrundlagen sicherzustellen.
- Die Bezeichnung Bürger „Beteiligung“ ist offenbar irreführend und sollte möglicherweise in Bürger „Information“ umbenannt werden.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Soweit in dieser Anfrage/diesem Antrag personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Maßnahmenpaket „Deutschförderung & Schulstart“ – Sofortprogramm gegen massive Sprachdefizite

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für ein umfassendes Reform- und Maßnahmenpaket im Zusammenhang mit der Deutschförderung und dem Schulstart aus, das folgende Punkte umfassen soll:

1. **Berichtspflicht und transparente Datengrundlage (Margareten-Report)**
Die zuständigen Stellen der Stadt Wien (insbesondere **MA 56 – Wiener Schulen, MA 10 – Kindergärten**) sowie die **Bildungsdirektion für Wien** werden ersucht, der Bezirksvertretung Margareten **innen 8 Wochen** einen schriftlichen Bericht vorzulegen, der zumindest umfasst:
 - Anzahl und Entwicklung der **außerordentlichen Schülerinnen und Schüler** (Deutschförderbedarf) in Margareten (Volksschule inkl. Vorschulstufe) der letzten **5 Jahre**,
 - Aufschlüsselung nach Standorten (aggregiert, datenschutzkonform),
 - Darstellung der derzeit vorhandenen **Deutschförderressourcen** (Deutschförderklassen/-kurse, Förderstunden, Personal),
 - Darstellung des **zusätzlichen Bedarfs** (Personal, Räume, Schulsozialarbeit, Elternarbeit) je Standortcluster.

2. **Sofortpaket Deutschförderung für Margareten (zusätzliche Ressourcen)**
Die Bezirksvertretung ersucht die zuständigen Stellen, für Margareten ein **Sofortpaket** umzusetzen, das insbesondere vorsieht:
 - **zusätzliche Deutschförderstunden** und **zusätzliches Fachpersonal** (Deutschförderlehrkräfte/Sprachförderpädagogik) an besonders betroffenen Standorten,
 - **mobile Sprachförderteams** für kurzfristige Unterstützung (Teamteaching, Kleingruppen),
 - **verpflichtende, standortnahe Intensivkurse** in den Ferien (Sommer-/Semesterkurse) mit verpflichtender Teilnahme bei festgestelltem Förderbedarf,

- klare **Qualitäts- und Evaluationskriterien** (Lernfortschrittstests, Nachsteuerung pro Semester).
3. **Verbindliche Sprachstandsfeststellung im Kindergartenalter und verstärkte Elternarbeit**
- Die Bezirksvertretung ersucht die MA 10, in Margareten den Schwerpunkt auf
- eine **frühzeitige, regelmäßige Sprachstandsfeststellung** (spätestens ab dem vorletzten Kindergartenjahr),
 - eine **verbindliche Förderplanung** für Kinder mit festgestelltem Bedarf,
 - sowie eine strukturierte **Elterninformation und Elternmitwirkung** (z. B. verpflichtende Beratungsgespräche, niederschwellige Elternkurse „Deutsch im Alltag“) zu legen und der Bezirksvertretung über Umsetzung und Wirkung zu berichten.
4. **Einsetzung einer bezirklichen Arbeitsgruppe „Sprache & Schulstart Margareten“**
- Zur laufenden Koordination wird eine bezirkliche Arbeitsgruppe eingerichtet (unter Einbindung von Bezirksvorstehung, MA 10/56, Bildungsdirektion, Schulleitungen, Elternvertretungen, Schulsozialarbeit), mit dem Auftrag:
- Maßnahmen zu priorisieren,
 - Hindernisse (Räume, Personal, Schnittstellen Kindergarten–Schule) zu identifizieren,
 - halbjährlich einen **Umsetzungsstatus** an die Bezirksvertretung zu berichten.
5. **Bezirksmittel für ergänzende Lern- und Sprachförderangebote**
- Die Bezirksvorstehung wird ersucht zu prüfen und der Bezirksvertretung vorzulegen, welche **Bezirksmittel** (im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten) für zusätzliche Angebote eingesetzt werden können, insbesondere:
- **kostenlose Lernhilfe/Sprachförderung** am Nachmittag (in Kooperation mit Schulen/Einrichtungen),
 - **Lesepatenschafts- und Bibliotheksprogramme** im Bezirk (Leseförderung als Kernkompetenz),
 - Pilotprojekte mit verbindlicher Evaluierung (Teilnahme, Fortschritt, Wirksamkeit).
6. **Resolution an Stadt Wien und Bund: Deutsch als Schlüsselkompetenz vor Regelunterricht**
- Die Bezirksvertretung Margareten fasst eine Resolution mit dem Ersuchen an die zuständigen Gesetzgeber und Ressorts auf Landes- und Bundesebene, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit
- **ausreichende Deutschkenntnisse** als Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg in den Regelunterricht gesichert werden,
 - Deutschfördermaßnahmen **verbindlich, zielorientiert** und personell ausreichend ausgestattet erfolgen,
 - die Zuständigkeiten zwischen Kindergarten, Schule und Förderstrukturen klar geregelt und finanziert werden.

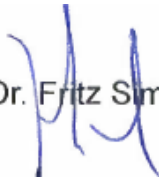
Begründung

Die öffentlich berichtete Entwicklung der Sprachkompetenzen bei Schulanfängerinnen und Schulanfängern ist in Wien und insbesondere in Margareten **hochgradig alarmierend**. Laut Medienberichten waren in Wien zu Beginn des laufenden Schuljahres rund **45 %** der Erstklassler als außerordentlich eingestuft; unter Einrechnung der Vorschulklassen liege die Quote bei rund **51 %**, was einem deutlichen Anstieg innerhalb von fünf Jahren entspricht. Margareten wird dabei seit Jahren als besonderer Schwerpunkt („Hotspot“) genannt.

Für Margareten wurde darüber hinaus eine Quote von **76,6 %** bei Vorschul- und Erstklasskindern genannt, die dem Unterricht mangels Deutschkenntnissen nicht folgen können. Diese Zahlen bedeuten nicht nur eine massive Belastung für Pädagoginnen und Pädagogen, sondern vor allem eine strukturelle Benachteiligung der betroffenen Kinder sowie eine Beeinträchtigung eines geordneten Unterrichts für alle.

Da die Bezirksvertretung im Bildungsbereich nur eingeschränkte unmittelbare Zuständigkeiten hat, ist ein Bündel aus **Transparenz (Bericht), koordiniertem Ressourceneinsatz, früher Sprachförderung** und **bezirklicher Unterstützung** erforderlich. Ziel muss sein, dass Kinder beim Schuleintritt die Unterrichtssprache so beherrschen, dass Teilnahme am Unterricht realistisch möglich ist.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Einführung eines digitalen Umsetzungs-Radars für Bezirksprojekte in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.März.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, ein digitales Umsetzungs- und Transparenz-Tool („Umsetzungs-Radar“) für laufende und geplante Bezirksprojekte zu entwickeln und öffentlich zugänglich zu machen.

Der Umsetzungs-Radar soll insbesondere:

- Informationen zu laufenden Projekten, Zeitplänen, Zuständigkeiten und Umsetzungsphasen bereitstellen,
- den aktuellen Fortschritt einzelner Maßnahmen (z. B. Verkehrsprojekte, Begrünungen, Bauvorhaben, Sanierungen, Beteiligungsprozesse) übersichtlich darstellen,
- regelmäßig, etwa quartalsweise, aktualisiert und durch die Bezirksvorstehung bzw. Magistratsabteilungen gepflegt werden
- und Bürger: innen ermöglichen, die Fortschritte und Prioritäten des Bezirks transparent nachzuvollziehen.

Dabei soll auf bestehende digitale Strukturen der Stadt Wien, insbesondere auf das Transparenzportal der Stadtregierung („Regierungsmonitor“) und die Open Government Data-Plattform, zurückgegriffen werden, um Synergien zu nutzen und einheitliche Standards zu gewährleisten.

Begründung

Die Wiener Stadtregierung hat mit dem städtischen Umsetzungs-Radar ein erfolgreiches Instrument geschaffen, das Bürger:innen ermöglicht, sich über die Fortschritte zentraler Regierungsprojekte transparent zu informieren. Dieses Modell bietet eine hervorragende Grundlage, um auch auf Bezirksebene ein ähnliches Werkzeug einzuführen, das Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Bürgerbeteiligung stärkt. In Margareten werden laufend Projekte in den Bereichen Stadtgestaltung, Begrünung, Verkehr, Soziales und Infrastruktur umgesetzt. Oft besteht jedoch nur eingeschränkte Information darüber, welche Maßnahmen sich in Planung, Umsetzung oder Fertigstellung befinden. Ein digitaler Bezirks-Umsetzungs-Radar könnte diese Lücke schließen und die Kommunikation zwischen Bezirksvertretung, Verwaltung und Bevölkerung deutlich verbessern.

Bürger:innen könnten sich so jederzeit einfach informieren, welche Projekte gerade laufen, welche Prioritäten der Bezirk setzt und in welchem Stadium sich einzelne Vorhaben befinden. Dies fördert Vertrauen, Transparenz und Beteiligung und macht politische Prozesse sichtbar. Zugleich würde ein solches Instrument auch der Bezirksvertretung selbst dienen, da Projektstände, Verantwortlichkeiten und Fortschritte gebündelt und übersichtlich dokumentiert werden. Margareten könnte damit als erster Bezirk Wiens als Pilotprojekt einen wichtigen Schritt in Richtung digitaler, transparenter Bezirksverwaltung setzen, im Sinne einer modernen, offenen und nachvollziehbaren Stadtpolitik.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Sicherheits- und Sozialkonzept für den Herweghpark

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.März 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, für den Herweghpark ein gezieltes Maßnahmenpaket zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Anrainerinnen und Anrainer sowie zur sozialarbeiterischen Begleitung suchtkranker Personen umzusetzen. Bestehende Angsträume sollen reduziert, die Nutzbarkeit des Parks für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und gleichzeitig auf Verdrängung verzichtet werden. Dazu sollen folgende Maßnahmen gesetzt werden:

- Strukturelle Anpassung zur Schaffung klarer Sichtachsen und besserer Einsehbarkeit
- Überprüfung uneinsehbarer Rückzugsbereiche und gegebenenfalls deren Umgestaltung
- Prüfung und gegebenenfalls Verbesserung der Beleuchtungssituation, insbesondere in den Abendstunden
- Verstärkte Präsenz von Streetwork- und Sozialarbeitsteams, insbesondere in den Sommermonaten
- Sicherstellung einer engen Kooperation mit Suchthilfeeinrichtungen zur Bereitstellung niederschwelliger Unterstützungsangebote direkt vor Ort
- Abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit, Parkbetreuung und Ordnungsdiensten zur nachhaltigen Stabilisierung.

Begründung

Der Herweghpark ist ein wichtiger Grünraum für die umliegende Bevölkerung. In den Wintermonaten halten sich suchtkranke Personen häufig im Bereich der Station Eichenstraße auf. Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit weichen viele dieser Personen verstärkt auf den Herweghpark aus. Diese saisonale Verlagerung führt insbesondere in den Sommermonaten zu einer erhöhten Nutzung des Parks durch suchtkranke Menschen und bei vielen Anrainerinnen und Anrainern zu einem eingeschränkten Sicherheitsgefühl. Teile des Parks werden als Angsträume wahrgenommen und gemieden, wodurch seine Funktion als frei zugänglicher Erholungsraum beeinträchtigt wird. Eine Kombination aus klarer Raumgestaltung, verbesserter Beleuchtung und verstärkter sozialarbeiterischer Präsenz ermöglicht es, Konflikte zu reduzieren, Hilfsangebote direkt vor Ort zugänglich zu machen und gleichzeitig das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nachhaltig zu stärken. Ziel ist eine geordnete und sozial begleitete Nutzung des Parks, die sowohl die Interessen der Anrainerinnen und Anrainer als auch die Bedürfnisse suchtkranker Personen berücksichtigt.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Photo-Bioreaktoren als Beitrag zur Luftreinhaltung in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.März 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung von Photo-Bioreaktoren auf stark versiegelter Fläche sowie in Gebieten mit besonders hoher CO₂-Belastung zu prüfen und umzusetzen. Geeignete Orte wären z.B. Wiedner Hauptstraße/Ecke Kriehubergasse, Wiedner Hauptstraße/Ecke Nikolsdorfer Straße, Wiedner Hauptstraße/Ecke Hartmannngasse oder Wiedner Hauptstraße/Ecke Ziegelofengasse.

Begründung

Im Bezirk Margareten finden sich zahlreiche großflächig versiegelte Bereiche ohne Begrünung, die kaum zur Verbesserung des Stadtklimas beitragen. Zusätzlich führt die vorhandene, teils veraltete Infrastruktur zu einer erhöhten CO₂-Belastung und Luftverschmutzung. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, soll die Errichtung sogenannter Photo-Bioreaktoren geprüft werden. Diese Systeme nutzen lebende Mikroalgen, um CO₂ effizient aus der Umgebungsluft zu binden und gleichzeitig Sauerstoff (O₂) sowie Biomasse zu produzieren. Moderne Anlagen können die Leistung von einem bis zwei ausgewachsenen Bäumen oder rund 200 m² Rasenfläche ersetzen und sind zudem ganzjährig, auch im Winter, funktionsfähig. Solche urbanen Bio-Reaktoren leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und zur Filterung von Schadstoffen, insbesondere in stark bebauten Gebieten ohne Begrünungsmöglichkeiten. Die Stadt Belgrad (Serbien) hat in Zusammenarbeit mit der Universität Belgrad ein für urbane Räume geeignetes Modell vorgestellt (<https://liquid3.rs/>). Dieses überzeugt sowohl durch sein innovatives Design als auch durch seine einfache Handhabung und könnte, angepasst an die Wiener Gegebenheiten, ein Pilotprojekt für nachhaltige Stadtentwicklung in Margareten darstellen.

Anhang



BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Vertikale Begrünung als Hitze- und Lärmschutz für Gemeindewohnanlagen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.März 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

nach Abstimmung der Mieter:innen und mit
Antrag Vorabinformationen zu den zusätzlichen Betriebskosten für die Mieter:innen

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, entlang des Margaretengürtels im Abschnitt zwischen Blechturmstraße und Fendigasse vertikale Begrünungselemente, wie etwa Mooswände oder vergleichbare, technisch geeignete Grünpflanzensysteme, vorrangig im Bereich der angrenzenden Gemeindebauten zu errichten. Ziel der Maßnahme ist es, insbesondere die Wohnbereiche der Gemeindebauten wirksam vor übermäßiger Hitzeentwicklung und Verkehrslärm zu schützen sowie das Mikroklima im unmittelbaren Wohnumfeld nachhaltig zu verbessern. Bestehende bauliche Strukturen wie Einfriedungen, Fassadenflächen oder Lärmschutzelemente sollen, sofern technisch umsetzbar, durch vertikale Begrünung ergänzt oder ersetzt werden.

Begründung

Die am Margaretengürtel gelegenen Gemeindebauten sind aufgrund der starken Verkehrsbelastung einer erheblichen thermischen und akustischen Beanspruchung ausgesetzt. Hohe Emissionswerte, versiegelte Flächen und dichte Bebauung führen insbesondere in den Sommermonaten zu einer ausgeprägten Überhitzung der Fassaden und Innenhöfe sowie zu dauerhafter Lärmeinwirkung in den Wohnbereichen. Vertikale Begrünungselemente wie Mooswände oder vergleichbare Pflanzsysteme bieten eine platzsparende und wirkungsvolle Möglichkeit, diese Belastungen gezielt zu reduzieren. Durch Verdunstungskühlung tragen sie zur Senkung der Umgebungstemperatur bei, verbessern das lokale Mikroklima und wirken als natürliche Filter für Feinstaub und Schadstoffe. Zusätzlich kann, je nach Ausführung, eine schallabsorbierende Wirkung erzielt werden, die insbesondere den Wohnräumen entlang der Verkehrsachse zugutekommt. Da bestehende bauliche Strukturen genutzt werden können und kein zusätzlicher Flächenverbrauch entsteht, stellt diese Maßnahme eine effiziente und nachhaltige Lösung dar, um die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Gemeindebauten spürbar zu erhöhen.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Erweiterung der Rechte des Jugendparlaments

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. März 2026 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

in einem Demokratischen Format

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, die Arbeit des Jugendparlaments von einer primär projektbezogenen Mitwirkung hin zu einer eigenständig innovationsgetriebenen Mitgestaltung des Bezirks weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck soll das Jugendparlament mit erweiterten, verbindlich verankerten Mitwirkungsrechten in den Sitzungen der Bezirksvertretung ausgestattet werden. Diese umfassen insbesondere:

- ein formalisiertes Anfragerecht gegenüber den politischen Gremien des Bezirks,
- ein eigenständiges Antragsrecht zur Einbringung jugendrelevanter sowie innovationsbezogener Anliegen,
- ein Rederecht für Delegierte des Jugendparlaments in den Sitzungen der Bezirksvertretung,
- die Verpflichtung, selbstständig ausgearbeitete Anträge und Anfragen persönlich in der Bezirksvertretung vorzustellen und zu vertreten.

Zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Mitwirkung ist eine verbindliche inhaltliche Vorbereitung in den Schulen vorzusehen. Dabei sind das politische System auf Bezirksebene, die formalen Abläufe, Zuständigkeiten sowie die bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten umfassend zu vermitteln. Die Teilnahme am Jugendparlament setzt eine aktive Mitarbeit sowie den Nachweis dieser Vorbereitung voraus. Uninformierte oder nicht vorbereitete Delegierte sollten nicht in die Bezirksvertretung entsendet werden. Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte sollten, das Jugendparlament fachlich begleiten und beratend zu unterstützen. Diese Unterstützung sollte im Sinne der politischen Bildungsarbeit unentgeltlich erfolgen und der Stärkung demokratischer Kompetenzen junger Menschen im Bezirk dienen. Alle zur Umsetzung erforderlichen rechtlichen, organisatorischen und verfahrensbezogenen Maßnahmen sollen innerhalb der bezirkspolitischen Strukturen vorbereitet und so ausgestaltet sein, dass die Mitwirkungsrechte dauerhaft, verbindlich und wirksam verankert werden können.

Begründung

Das Jugendparlament stellt ein zentrales Instrument demokratischer Partizipation junger Menschen dar. Um jedoch über punktuelle Projektarbeit hinauszugehen, bedarf es einer strukturellen Weiterentwicklung hin zu einer eigenverantwortlichen, innovationsorientierten Mitgestaltung des Bezirks. Durch die Erweiterung der Mitwirkungsrechte wird Jugendlichen ermöglicht, nicht nur konsultativ eingebunden zu sein, sondern aktiv politische Prozesse mitzugestalten. Ein formal verankertes Antrags-

und Anfragerecht sowie ein Rederecht stärken die demokratische Legitimation jugendlicher Anliegen und erhöhen deren politische Wirksamkeit. Gleichzeitig ist eine fundierte Vorbereitung essenziell. Politische Mitwirkung setzt Kenntnis über institutionelle Abläufe, Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse voraus. Eine verpflichtende Vorarbeit in den Schulen stellt sicher, dass Delegierte kompetent, informiert und verantwortungsvoll agieren können. Die begleitende Unterstützung durch Bezirksrätinnen und Bezirksräte fördert politische Bildung, Transparenz und generationenübergreifenden Dialog. Insgesamt trägt die vorgeschlagene Reform zu einer nachhaltigen Stärkung demokratischer Kultur, politischer Bildung und innovativer Jugendbeteiligung im Bezirk bei.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

3D Drucker für Margaretner:innen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht zu ermöglichen, dass in der Margaretner „Gretl“ und im Amtshaus jeweils ein 3D Drucker für die Benutzung durch die Bewohner:innen zur Verfügung gestellt wird.

Begründung

Als Kopierer eine moderne technische Einrichtung waren, gab es solche in Amtshäusern und anderen öffentlichen Gebäuden. Sie sind fast vollständig verschwunden und werden auch nur mehr wenig gebraucht. Die nun moderneren 3 D Drucker dienen zwar nicht den gleichen Zwecken, aber können sehr nützliche Dinge. Die private Anschaffung bleibt aber absehbar einer kleinen Anzahl von Haushalten möglich und ist auch ökologisch nicht sinnvoll. Ein Unkostenbeitrag für die jeweils verwendeten Materialien wäre denkbar.

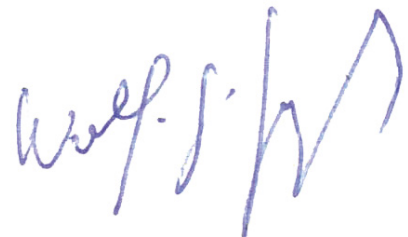
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

GEBÄUDESCHÄDEN IM BEREICH PILGRAMGASSE

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

auf der gesamten U2 Baustellenbereich

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, eine kostenfreie Beratung für die Mieter:innen im U-Bahn-Baustellenbereich Pilgramgasse/Rechte Wienzeile zu etwaigen Entschädigungen für Baustellenschäden an den Wohngebäuden einzurichten.

BEGRÜNDUNG

Wie der ORF Wien kürzlich berichtete, traten in Wohnungen bei der Großbaustelle Pilgramgasse Risse in den Wänden auf, Putz bröckelte herab, Türen wurden verzogen. In einem Fall musste die Decke abgestützt werden. Es ist anzunehmen, dass die Hauseigentümer:innen sich, beraten durch Hausverwaltungen und Anwaltskanzleien, um Entschädigungen kümmern werden. Ob diese wirklich verwendet werden, um Schäden in Wohnungen zu beheben und ob Mieter:innen Schäden an ihrem Eigentum geltend machen ist keineswegs sicher. Deshalb sollten die Mieter:innen direkt informiert und beraten werden.

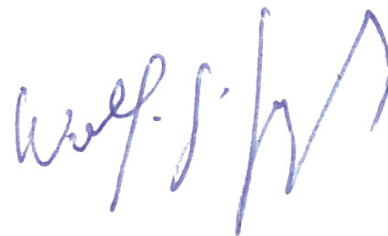
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Digitale Infosäule

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten ersucht die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Barbara Novak und die Eigentümervertreterin der Wiener Linien, Stadträtin Uli Sima die Errichtung einer digitalen Infosäule bei der Haltestelle Siebenbrunnfeldgasse der Linie 12 A zu überprüfen und gegebenenfalls zu realisieren.

Begründung

Die digitale Infosäule der Wiener Linien bieten einen großen Vorteil für alle Fahrgäste, insbesondere solche mit Mobilitätseinschränkungen oder mit Sehbehinderungen.

Das erweiterte Angebot des Margaretner Kinderambulatoriums wird zu einem vermehrten Fahrgastaufkommen führen. Für ältere Margaretner:innen, die mit den öffentlichen Verkehrsmitteln mobil bleiben möchten, würde die Errichtung dieser digitalen Infosäule eine große Erleichterung bringen. Gerade in Zeiten der Klimakrise sollte das Ziel sein, möglichst viele Menschen vom Nutzen der öffentlichen Verkehrsmittel zu überzeugen.

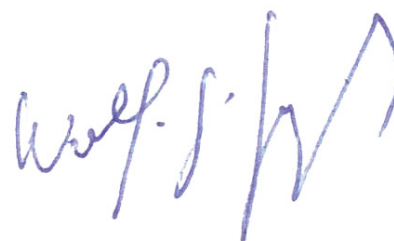
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Kostenfreie Büchereien

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung ersucht die amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte Bettina Emmerling, sich für eine kostenfreie Nutzung der Wiener öffentlichen Büchereien/Bibliotheken für Pensionist:innen und Kinder/Jugendliche einzusetzen und dies zu organisieren.

Begründung

Einsamkeit und Isolation ist ein großes Problem für Pensionist:innen, besonders für Frauen, die oft an bzw. unter der Armutsgrenze leben. Ruhestand, der Auszug erwachsener Kinder, der Verlust einer Partnerin oder eines Partners beziehungsweise einer Freundin oder eines Freundes oder gesundheitliche Einschränkungen können dazu führen, dass sich das Lebensumfeld im Alter verkleinert.

Oft ist es dann nicht leicht, neue soziale Kontakte zu knüpfen. Das Gefühl von Einsamkeit kann aber durch regelmäßige soziale Interaktionen gemildert werden.

Lesen ist ein probates Mittel gegen Einsamkeit, Bibliotheken können soziale Treffpunkte sein. Eine kostenfreie Nutzung, wie sie z.B. in Spanien praktiziert wird, statt Gebührenerhöhung, wie sie in Wien geplant ist, ist daher im allgemeinen Interesse.

Öffentliche Büchereien sind Teil der Bildungsgrundversorgung und keine gewinnorientierte Einrichtung. Die Kosten einer solchen Maßnahme sind überschaubar, der gesellschaftliche Nutzen jedoch hoch.

Wien setzt zu Recht auf Bildung und Teilhabe - kostenfreie öffentliche Büchereien wäre eine konsequente Fortsetzung dieser Politik.

Zahlreiche Statistiken legen nahe, dass Kinder und Jugendliche immer schlechter und weniger lesen. Kostenfreie Büchereien können dem entgegenwirken.

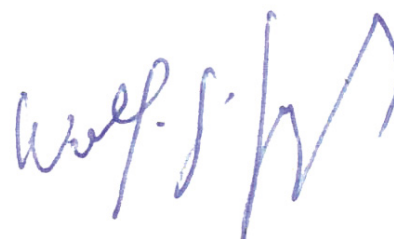
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans



+ SPÖ

Für eine Wiener Leerstandsabgabe*mobilisierung

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 19 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich nachdrücklich für eine effektive Wiener Leerstandsabgabe*mobilisierung aus. Ein schnelleres Weitervermieten soll dadurch möglich und ein künstliches Hochtreiben der Mietpreise verhindert werden. Wohnungen sind zum Wohnen, nicht zum Spekulieren da!

Als Geschäftsführerin der Mietervereinigung Wien fand die Margaretner Politikerin Elke Hanel-Torsch noch vor kurzem erfreulich klare Worte und sprach sich für eine Leerstandsabgabe aus. Die Bezirksvertretung Margareten setzt Hoffnungen darin, dass sie in ihre neue Funktion als Wiener Wohnbaustadträtin alle möglichen Schritte unternimmt, dieses Ziel zu erreichen.

Begründung

Wir zitieren aus einer OTS Aussendung der Mietervereinigung:

"Der erste und vielleicht wichtigste Schritt ist die Meldepflicht von leer stehenden Wohnungen nach sechs Monaten", sagte Mietervereinigung Wien-Geschäftsführerin Elke Hanel-Torsch.

Derzeit gibt es keine derartige Verpflichtung. "Vor allem im Bereich der Immobilienspekulation führt dies dazu, dass Vermieter die Wohnungen lieber leer stehen lassen, als sie zum gesetzlich zulässigen Zins zu vermieten!"

Die letzte Statistik zum Thema ist 20 Jahre alt und die heutigen Schätzungen schwanken mit Zahlen zwischen 30.000 und 100.000 leer stehenden Wohnungen massiv.

Wien wächst um 24.000 Menschen im Jahr. Bis 2029 wird die Donaumetropole rund zwei Millionen Einwohner zählen. Das macht die Schaffung von leistbarem Wohnraum wichtiger denn je. Viele Menschen, auch in Margareten, können mit den rasant steigenden Mieten nicht mithalten.

Der Aufruhr auf Vermieterseite ist für Mietervereinigung Wien-Geschäftsführerin Elke Hanel-Torsch unverständlich: "Wenn wirklich so wenige Wohnungen leer stehen wie Vermieter-Vertreter gerne behaupten - warum dann die große Angst vor der Leerstandsabgabe?"

Elke Hanel-Torsch kann sich dabei auch auf das Wahlprogramm der SPÖ aus dem Jahr 2025 stützen, dort heißt es: „In der kommenden Legislaturperiode setzen wir uns für die Umsetzung einer verfassungskonformen und praktikablen ‚Leerstandsabgabe‘ ein, welche das Wohnungsangebot stärkt und leistbaren Wohnraum sicherstellt.“

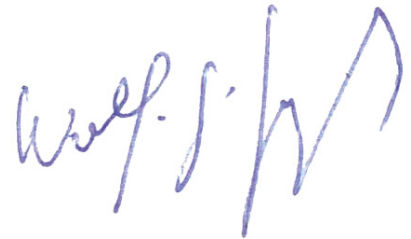
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

„DAS Margareten“ eröffnet - Neues Theater im 5. Bezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten begrüßt die Eröffnung des neuen Hauses für zeitgenössisches Theater, Tanz und gemeinsames Erleben „DAS Margareten“.

Begründung

Ein Raum mit Geschichte wird zur Bühne der Gegenwart. In der Margaretenstraße 166 öffnet mit „DAS Margareten“ ein neues Haus für zeitgenössisches Theater, Tanz und gemeinsames Erleben. Im „DAS Margareten“ treffen sich künstlerische Experimente und gesellschaftliches Miteinander, Tanz und Schauspiel, Musik und Kabarett. Ziel ist ein lebendiger Ort der Begegnung, an dem man Kultur nicht nur zeigt, sondern auch gemeinsam erlebt. Ein Raum für alle Altersgruppen, für Profis und Laien, für die Menschen im Bezirk und darüber hinaus. Wo einst Gewerkschaftsfeste gefeiert und später Theaterexperimente gewagt wurden, entsteht nun ein Ort, der Margareten kulturell neu belebt und bereichert. „DAS Margareten“ versteht sich nicht als klassische Spielstätte, sondern als lebendiger Begegnungsraum, der Kunst, Training und Community-Arbeit miteinander verbindet. Die frisch revitalisierten Räumlichkeiten sind barrierefrei gestaltet, technisch auf dem neuesten Stand und für Künstler:innen ebenso wie für das Publikum aus dem Bezirk bewusst offen gedacht.

Damit wird auch langjähriger Vorschlag der KPÖ Margareten verwirklicht.

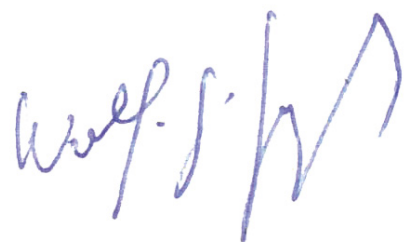
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Keine US-Sanktionen gegen Kuba

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten verurteilt die US Sanktionen gegen Kuba, die zu erheblichen Gesundheitsrisiken der Bevölkerung führen.

Begründung

US-Sanktionen führen zu Müllbergen in Havanna. Die US-Regierung hat den Repräsentanten des wichtigsten Verbündeten Kubas entführt und den Druck auf das Regime in Havanna erhöht. Das hat unerwartete Folgen im Straßenbild der kubanischen Hauptstadt weil die Müllabfuhr keinen Sprit mehr hat.

In der kubanischen Hauptstadt Havanna türmen sich wegen verschärfter US-Sanktionen die Müllberge. Aufgrund des Treibstoffmangels seien von 106 Müllwagen nur noch 44 einsatzbereit, berichtete das staatliche Nachrichtenportal Cubadebate. An den Straßenecken der Hauptstadt stapeln sich Abfälle. »Seit mehr als zehn Tagen ist kein Müllwagen mehr gekommen«, sagte ein Anwohner.

In anderen Städten der Karibikinsel warnten Einwohner in sozialen Medien vor Risiken für die öffentliche Gesundheit.

Uno-Generalsekretär Antonio Guterres sei sehr besorgt über die Lage, sagte sein Sprecher Stéphane Dujarric

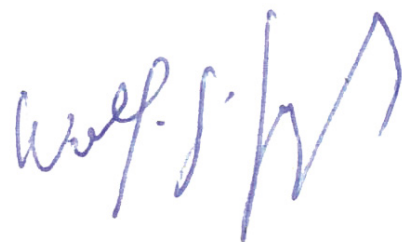
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Leistungen des Kinderambulatoriums Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.03.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung begrüßt die Erweiterung der Leistungen des „Kinderambulatoriums Margareten“ um Diätologie, Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie und Psychologie.

Begründung

Bekanntlich nehmen psychische Erkrankungen und Entwicklungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren immer weiter zu.

Laut dem Dachverband *pro mente Austria* fühlt sich bereits rund die Hälfte der Jugendlichen in Österreich „nicht gut“. Etwa jeder zehnte junge Mensch zeigt Anzeichen schwerer psychischer Belastungen, darunter Depressionen, Angststörungen oder Essstörungen.

Auch eine von der Kinderliga und der Bundesjugendvertretung mitinitiierte Befragung bestätigt diese Entwicklung: Rund 28 Prozent der Jugendlichen gaben an, schon einmal Suizidgedanken gehabt zu haben. 68 Prozent fühlten sich zumindest an einem Tag in der Vorwoche niedergeschlagen oder hoffnungslos.

Besonders deutlich treten Belastungen bei Mädchen zutage: In einer österreichweiten Schüler:innenstudie berichteten 44 Prozent der befragten Mädchen zwischen 10 und 17 Jahren von häufig schlechter Stimmung oder Gereiztheit; bei den Burschen lag der Wert bei 25 Prozent.

Auch Niedergeschlagenheit und depressive Symptome nahmen in allen Gruppen zu.

Wir dürfen Kinder und ihre Eltern in diesen herausfordernden Situationen nicht alleine lassen und die Unterstützung durch das Kinderambulatorium ist dafür ein wertvoller Beitrag, der oft negative Entwicklungen schon frühzeitig abzufangen hilft.

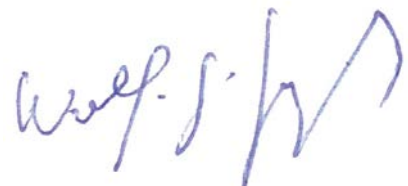
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Boulderwand im Umfeld der neuen Station Pilgramgasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 17.03.2026 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht zu prüfen, wo im Umfeld der neuen U-Bahn-Station Pilgramgasse eine öffentlich zugängliche Boulderwand errichtet werden kann und diese dann an einem geeigneten Ort zu installieren.

Begründung

Frei zugängliche Freizeitangebote im öffentlichen Raum gehören zu den Punkten, um eine Stadt lebenswert für alle Generationen zu machen und eine sportliche Betätigung für alle Gesellschaftsschichten zu ermöglichen.

Durch die großen Umbauarbeiten im Stadtbild durch den Bau der neuen U-Bahn in Margareten ergibt sich die Möglichkeit dies auch an Punkten zu ermöglichen, wo dies bislang noch nicht gegeben war.

Nicht umsonst meinte Stadträtin Ulli Sima „Sport belebt den öffentlichen Raum, dort ist immer etwas los.“ im Zusammenhang mit den guten Erfahrungen mit sportlichem Angebot etwa auf der Donauinsel mit dem Skaterpark.

Eine öffentlich zugängliche Boulderwand kann den Nutzern nicht nur das nötige und legale frei zugängliche Betätigungsfeld bieten, sondern auch eine soziale Intervention darstellen.

Zusätzlich hat eine Boulderwand das Potenzial Graffitis einzudämmen und somit kostensparend zu wirken.

Anstelle von Beton würde ein Ort für Bewegung, Begegnung und Mitgestaltung am Verkehrsknotenpunkt Pilgramgasse ganz in der Nähe der Wientalterrassen entstehen und das Viertel zusätzlich beleben und aufwerten und das Entstehen etwaiger Angsträume durch Belebung unterbinden.

Für den Klub

Station „Leibenfrostgasse“ der Linie 13A

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 17.03.2026 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht zu prüfen, ob die Station „Leibenfrostgasse“ der Linie 13A Richtung Hauptbahnhof in „Mittersteig“ umbenannt werden kann.

Begründung

Die besagte Station befindet sich in Margareten Ecke Mittersteig/Ziegelofengasse, fast 200m von der Leibenfrostgasse entfernt.

Eine Umbenennung würde hier Klarheit schaffen.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzR Maria Böhm

Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet, werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Monokratische Republik Luchsenberg und die Frage der WC-Benützung im Amtshaus?

Dringlicher Antrag Dauerhafte Gewährleistung WC-Benützung für den SPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Bezirksvorsteher Michael Luxenberger



<https://www.wien.gv.at/margareten/bezirksvorsteherung>

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 17.03.2026 beschließen:

„Der Bezirksvorsteher wird aufgefordert, in seinem Wirkungsbereich für die dauerhafte Gewährleistung der WC-Benützung durch den SPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA zu sorgen.“

Begründung:

In der laufenden Amtsperiode des neuen grünen Bezirksvorstehers haben sich mutmaßlich recht eigentümliche Praktiken im Umgang mit der politischen Konkurrenz eingeschlichen, wenn man dem Text einer SPÖ-Anfrage unter S 188/2026/9 unter dem Titel „Zusammenarbeit der Bezirksvorstehung mit anderen Fraktionen- insbesondere mit der zweitstärksten Fraktion Glauben schenken kann:

„(...) Besonders befremdlich wirkte in diesem Zusammenhang auch eine jüngst bekannt gewordene Causa rund um einen einfachen Zugangsschlüssel für den Bezirksvorsteher-Stellvertreter zu einer WC-Anlage im Amthaus. Offensichtlich war es über einen Zeitraum von zwei Monaten nicht möglich, dieses vergleichsweise banale organisatorische Problem zu lösen. Erst nachdem angekündigt wurde, den zuständigen Stadtrat bzw. das zuständige Stadtratsbüro einzubinden und gegebenenfalls sogar die designierte Frauen- und Wohnbaustadträtin mit dieser Angelegenheit zu befassen, konnte das Problem binnen kürzester Zeit dank des beherzten Eingreifens engagierter Mitarbeiter der Wiener Verwaltung innerhalb von rund einer halben Stunde gelöst werden. (...)

Diese Realsatire reiht sich in den clownesken Auftritt des Herrn Bezirksvorstehers im Rahmen des Faschings ein, wo sich dieser als „Blechturm-gasse“ in den Sozialen Medien verkleidet und präsentiert hatte.

Wien-Margareten ist ein Menschenrechtsbezirk.

Wien-Margareten leistet sich eine Bezirksbeauftragte für Menschenrechte.

Ein Anwalt aus der „alten Heimat“ BRD des Herrn Bezirksvorstehers veröffentlicht zur Frage der Menschenrechte und der Benützung eines WCs folgenden Text:

„(...) Das Recht zum ungehinderten Besuch einer Toilette zur Verrichtung seiner Notdurft ist ein universelles Menschenrecht.

Das lässt sich aus Art. 3 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und Art. 1 und 2 Grundgesetz ableiten.

Das erzwungene Einhalten des Toilettenbesuchs führt regelmäßig zu schmerzhaften Verkrampfungen des Verdauungstraktes bzw. des Blasentraktes, wenn die kommunale Verwaltung nicht ausreichende Toilettenanlagen einrichtet.

Die kommunale Verachtung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger erfüllt den Straftatbestand einer Körperverletzung. Kann das Opfer den Drang nicht mehr halten und macht in die Hosen, treten öfter psychosomatische Folgeerscheinungen auf, z.B. Gefühl der Angst, Verlust der Selbstachtung, Angst vor Gespött, Gefühl des Ausgeliefertseins und der Hilflosigkeit.

Solche erheblichen psychischen Verletzungsfolgen im Sinne des § 223 I StGB stellen eine kommunale Gesundheitsverletzung dar. Die Gesundheitsverletzung der Bürger und Bürgerinnen durch die kommunale Verwaltung sind im Rahmen hoheitlicher Gewalt im Sinne des § 340 StGB. Das Verwehren eines dringenden Toilettenbesuchs im öffentlichen Raum ist zusätzlich ehrverletzend gemäß § 185 StGB, weil die Ehre eines jeden Menschen es gebietet, einen dringenden Toilettengang nicht zu verhindern.

Das mangelnde Interesse der kommunalen Verwaltung die Gesundheit ihrer Bürger und Bürgerinnen zu schützen und insbesondere ausreichende öffentlichen Toilettenanlagen einzurichten, zeigt dem Opfer in deutlicher Weise, dass die Täterin im Rahmen hoheitlicher Gewalt die Persönlichkeit des Opfers und dessen intimste und menschlichste Bedürfnisse missachtet.

Durch das Missachten des Menschenrechts auf Toilettenbesuch zeigt in der Regel der Täter dem Opfer, dass er es nicht als vollwertigen Mitmenschen ansieht, sondern als jemanden, dem man zumuten kann, den Stuhl- oder Harndrang einzuhalten oder gar in die Hose zu machen.

Dies ist eine massive Missachtung der Ehre des Opfers und Verletzung der Menschenrechte, insbesondere bei den Senioren und Kindern.

Als Menschenrechtsanwalt werde ich Ihr Recht gegen die staatliche Gewalt oder staatliche Diskriminierung gerne verteidigen. (...)

<https://www.anwalt.de/rechtstipps/das-menschenrecht-auf-toilettenbesuch-210903.html>

In Österreich gilt jedenfalls für Arbeitnehmer in der **Arbeitsstättenverordnung**

folgendes:

Toiletten

§ 33. Arbeitsstättenverordnung

(1) Den Arbeitnehmer/innen sind Toiletten in einer solchen Anzahl zur Verfügung zu stellen, daß für jeweils höchstens 15 Arbeitnehmer/innen mindestens eine verschließbare Toilettzelle zur Verfügung steht. Sind Toiletten für betriebsfremde Personen, wie zB Kunden/Kundinnen oder Patienten/Patientinnen, vorgesehen,

1.

sind diese in die Anzahl der für die Arbeitnehmer/innen erforderlichen Toiletten nicht einzurechnen und

2.

ist dafür zu sorgen, daß betriebsfremde Personen die für die Arbeitnehmer/innen vorgesehenen Toiletten nicht benützen können.

(2) Nach Geschlechtern getrennte Toiletten sind einzurichten, wenn mindestens fünf männliche Arbeitnehmer und mindestens fünf weibliche Arbeitnehmerinnen darauf angewiesen sind.

(3) Stehen nach Geschlechtern getrennte Toiletten zur Verfügung und ist für Männer zufolge Abs. 1 mehr als eine Toilettzelle erforderlich, ist annähernd die Hälfte der für Männer erforderlichen Toilettzellen durch Pißstände zu ersetzen.

(4) Die Personenzahlen in Abs. 1 bis 3 beziehen sich auf regelmäßig gleichzeitig in der Arbeitsstätte anwesende Arbeitnehmer/innen.

(5) Toiletten sind so anzulegen, daß sie mit Arbeitsräumen, mit Aufenthalts- und Bereitschaftsräumen oder mit Umkleieräumen nicht unmittelbar in Verbindung stehen. Von solchen Räumen müssen Toiletten durch natürlich oder mechanisch direkt ins Freie ausreichend lüftbare Vorräume getrennt sein.

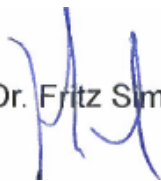
(6) Abweichend von § 3 Abs. 1 ist bei Ausgängen von Toilettzellen eine nutzbare Mindestbreite von 0,6 m zulässig. Die lichte Höhe von Toiletten hat mindestens 2,0 m zu betragen.

(7) Es ist dafür zu sorgen, daß

1. Toiletten ohne Erkältungsgefahr benutzbar sind,
2. Toiletten mit Wasserspülung oder einer gleichwertigen Einrichtung sowie mit Toiletpapier ausgestattet sind,
3. Toiletten den sanitären Anforderungen entsprechen und in hygienischem Zustand gehalten werden und
4. in unmittelbarer Nähe der Toiletten eine Waschgelegenheit vorhanden ist.

Wir fordern daher eine dauerhafte und ungehinderte Benützung des WCs für alle Mitarbeiter, Bezirksräte, Besucher, insbesondere aber für SPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA. Das muss in einen Menschenrechtsbezirk doch möglich sein.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



BV



Büro des Bezirksvorstehers für den 5. Bezirk
17. MRZ. 2026
Zahl: 187/26/67
Beilage:

Ehrung für Peter DVORSKY

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.3.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten möge beschließen: der Herr Bezirksvorsteher von Margareten Michael Luxenberger wird ersucht, Herrn stellvertretenden Bezirksvorsteher außer Dienst Peter Dvorsky in Anerkennung seiner langjährigen und herausragenden Verdienste um den 5. Wiener Gemeindebezirk Margareten sowie seines nachhaltigen politischen und gesellschaftlichen Wirkens für das höchstmögliche Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien vorzuschlagen.

Begründung

Peter Dvorsky hat über viele Jahre hinweg das politische, gesellschaftliche und ökologische Leben in Margareten maßgeblich geprägt. Als Mitbegründer der Grünen im Bezirk leistete er einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau neuer politischer Strukturen und zur Etablierung ökologischer und nachhaltiger Politik auf Bezirksebene.

In seiner Funktion als stellvertretender Bezirksvorsteher von 22. November 2005 bis 9. Dezember 2015 setzte er sich insbesondere für eine nachhaltige Bezirksentwicklung, ökologische Verantwortung sowie eine zukunftsorientierte Stadtpolitik ein.

Darüber hinaus war ihm ein generationenübergreifendes Zusammenleben im Bezirk ein zentrales Anliegen. Er engagierte sich für soziale Ausgewogenheit, die Förderung des Miteinanders unterschiedlicher Altersgruppen sowie für eine lebenswerte Gestaltung des öffentlichen Raums.

Sein politisches Handeln war stets von klaren Grundsätzen und persönlicher Integrität geprägt. In einem öffentlich beachteten Statement betonte er die Bedeutung politischer Haltung und zog Konsequenzen aus Entwicklungen, die er mit seinen Überzeugungen nicht mehr vereinbaren konnte.

Die Bezirksvertretung Margareten würdigt mit dieser Beantragung insbesondere:

- sein langjähriges Engagement für den Bezirk,
- seine Verdienste um Nachhaltigkeit und ökologische Politik,
- seinen Einsatz für ein generationenübergreifendes soziales Zusammenleben,
- seine Tätigkeit als stellvertretender Bezirksvorsteher,
- sowie seine konsequente und integre politische Haltung.

Aufgrund dieser umfassenden Verdienste erscheint eine besondere Ehrung durch die Stadt Wien als angemessen und gerechtfertigt.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

BV-S: 17.03.2026
mehrheitlich angenommen / abgelehnt

GRÜNE: +	SPÖ: +	FPÖ: -
NEOS: -	KPÖ-LINKS: +	ÖVP: +

